:antifaschistische nachrichten

Nr. 17

g 3336 28.8.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kölner Gastronomen, Kneipen, Clubs, Bands und KünstlerInnen haben sich zusammengeschlossen, um den Protest gegen den „Anti-Islamisierungskongress" von „Pro Köln" nicht nur den üblichen politischen Gruppen zu überlassen, sondern ihn mit möglichst vielen Menschen aus dem kulturellen Leben Kölns zu unterstützen. Ein Plakat „KneipenKultur gegen NAZIS / Köln gegen Rassistenkongress – Kein Kölsch für Nazis" mit den Namen vieler unterstützender Kneipen ist inzwischen an vielen Punkten der Stadt zu sehen. Eine Woche vor dem Rassistenkongress soll an möglichst vielen Orten ein kulturelles Programm stattfinden, bei dem auf Aktionen gegen den Kongress hingewiesen wird. Bierdeckel mit dem Slogan „Kein Kölsch für Nazis" werden in den kommenden Wochen die Theken vieler Kölner Kneipen zieren...
Mehr zu den Aktionen auf Seite 3

www.arbeiterfotografie.com

BIA-Stadtrat Karl Richter wegen Hitlergruß verurteilt

MÜNCHEN, 21.8.2008. 140 Tagessätze à 40 Euro, so lautet das Urteil des Amtsgerichts München gegen den Stadtrat Karl Richter von der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstop".

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Richter am 2. Mai 2008 bei der Vereidigung der neuen Münchner Stadträte die rechte Hand nicht zum Schwur, sondern zu einem Hitlergruß erhoben hatte.

Etliche Stadträte anderer Fraktionen hatten Richter dabei beobachtet, die CSU-Stadtratfraktion erstattete Anzeige. Der Anwalt Karl Richters, Sewarion Kirkitadse kündigte noch im Gerichtssaal Berufung an.

Anwesende Prozessbesucher der extrem rechten Szene mussten nach der Urteilsverkündung mittels Androhung von Ordnungsstrafen beruhigt werden.

www.aida-archiv.de ■

Aus dem Inhalt:

Proteste gegen Sommerbiwak der 1. Panzerdivision 5
Integration durch Sport – Der FC Internationale in Berlin 8

Schluss mit der Lauheit im Kampf gegen Neonazis!

BERLIN. „Mit der Lauheit im Kampf gegen Neonazis muss endlich Schluss sein," so Ulla Jelpke unter Hinweis auf zwei Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen zur Zahl rechtsextremer Aufmärsche und Nazikonzerte (Drucksachen 16/10054 und 16/10055). Die jetzt vorgelegten Zahlen zu Naziaufmärschen machen deutlich, dass die Nazis noch nicht in die Defensive gedrängt wurden. Im Gegenteil: Im zweiten Quartal gab es deutlich mehr rechtsextreme Aufmärsche mit mehr Teilnehmern als noch im ersten Quartal, auch die Nazi-Konzerte verharren auf hohem Niveau,

Während die Polizeibehörden in den Monaten Januar und März 6482 Teilnehmer an 25 Nazi-Kundgebungen und Demonstrationen gezählt haben, waren es von April bis Juni 7412 Teilnehmer bei 30 Kundgebungen. Zugleich gab es im zweiten Quartal 40 rechtsextreme Skinhead-Konzerte mit 6000 Teilnehmern – das sind praktisch genau so viel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wo es 50 Konzerte mit insgesamt gleich vielen Teilnehmern gab.

Die Angaben belegen, dass es fließende Übergänge zwischen NPD und sogenannten Freien Kameradschaften gibt. Das zeigt sich unter anderem darin, dass die Parolen sich zum Verwechseln ähneln.

Am 1. Mai gab es außerdem eine Arbeitsteilung: „Freie" Neonazis mobilisierten zur Demo nach Hamburg, NPD und ihre Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) nach Nürnberg, mit jeweils 1500 Teilnehmern.

Auch bei Konzerten gibt es eine Vermischung zwischen Partei und Stiefelnazis. Das könnte gutes Material in einem Verbotsverfahren gegen die NPD sein – wenn die Verfassungsschutzämter endlich die V-Leute abzögen.

Eins wird deutlich: Nazis machen sich massiv auf den Straßen breit. Das muss die Demokratinnen und Demokraten zur entschiedenen Gegenwehr herausfordern. Vereinsverbote sind dabei notwendig, reichen aber nicht aus.

DIE LINKE fordert, endlich eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus einzurichten und antifaschistische Initiativen zu stärken.

Ulla Jelpke, MdB

Die Antwort der Bundesregierung kann unter **www.ulla-jelpke.de** heruntergeladen werden. ■

VDA neu konstituiert

RHEINLAND-PFALZ. Bereits im April wurde der Landesverband Rheinland-Pfalz des früher unter dem Namen „Verein für das Deutschtum im Ausland“ agierenden VDA neu konstituiert.

Dem neu gewählten Landesvorstand gehören Martin Schmidt als Vorsitzender, die Bundestagsabgeordnete Anita Schäfer als stellvertretende Landesvorsitzende und Dr. Annette Hailer-Schmidt als Kassenwart an. Martin Schmidt zählte in den 90er Jahren zu der Redaktion der rechten Berliner Zeitung „Junge Freiheit“. 1990 gehörte er zu den Gründungsgesellschaftern der „Junge Freiheit Verlag GmbH“. Sowohl Schmidt als auch seine Frau Annette Hailer-Schmidt waren für die bündisch geprägte „Deutsche Hochschulgilde“ aktiv, die eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Berliner Wochenzeitung spielte. Künftig will der noch mitgliederschwache Landesverband drei Veranstaltungen im Jahr durchführen. Dabei wurden als Themenschwerpunkte die „deutschen Kulturbeziehungen in die westlichen Nachbargebiete“ festgelegt. Nach einer ersten Vortragsveranstaltung über das Elsaß fand im April im pfälzischen Frankenthal eine Veranstaltung mit Nico Rubeck statt. Der aus Ost-Lothringen angereiste Rubeck berichtete u.a. über die „Deutschsprachige Gemeinschaft“ (DG) im Osten Belgiens. Dabei sprach er auch mögliche Perspektiven für die deutschsprachigen Belgier an, sofern der krisengeschüttelte Staatsverband endgültig zusammenbrechen sollte. Während solche Planspiele in ausländischen Medien längst verbreitet seien, scheue man in Deutschland noch davor zurück. Dabei seien die „mühsam erarbeiteten kulturellen Rechte der kleinen deutschen Minderheit“ bei einer Zugehörigkeit zu einer unabhängigen oder mit Frankreich vereinigten Wallonie „auf jeden Fall massiv gefährdet“, so Schmidt im VDA-Organ „Globus“. *hma* ■

„Pro NRW“ in Overath

OVERATH. Von einem „Politskandal“ und einer „beispiellosen Hetze“ in Overath spricht die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ auf ihrer Webseite. Dort hatte sich Dr. Christoph Heger (65), der laut „Pro Köln“ „als Datenschutzbeauftragter einer halbstaatlichen Institution kurz vor der Pensionierung steht“, als Mitglied von „Pro NRW“ geoutet. Der Physiker ist nach heftigen Angriffen von CDU-Bürgermeister Heider und des CDU-MdL Deppe mittlerweile von seiner Funktion als Vorsitzender des Kirchenbauvereins St. Lucia zurückgetreten. Mitglied des Kirchenvorstands der Pfarrei St. Lucia Immekeppel wolle er aber bleiben. Bereits Anfang des Jahres hatte Heger für den Vorsitz des „Heimatvereins Immekeppel“ kandidiert. Als seine Mitgliedschaft bei „Pro NRW“ bekannt wurde, wurde die Versammlung unterbrochen und die Wahl vertagt.

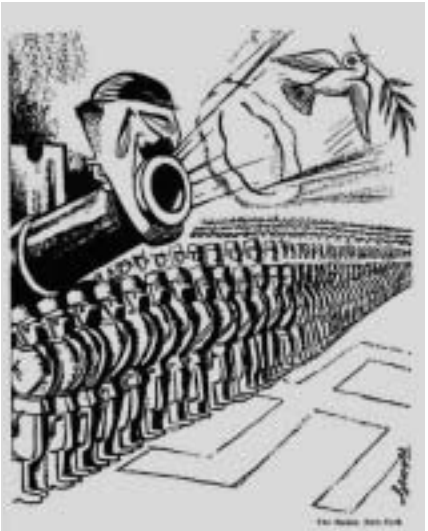
Nun scheint sich Heger zu überlegen, bei der nächsten Kommunalwahl für den Kreistag kandidieren zu wollen. Bereits im Juni 2002 wurde ein Text von Dr. Heger in der Schriftenreihe der extrem rechten „Deutschen Studiengemeinschaft“ (DSG) abgedruckt. Der in der DSG-Broschüre „Zuwanderung – Der ideologische Selbstbetrug“ abgedruckte Aufsatz von Heger erschien unter der Überschrift „Kein islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen“. Zu den weiteren Autoren des Heftes gehörten Prof. Dr. Helmut Schröcke, 1981 Mitunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“, Dr. Felix Buck, zu Beginn der 70er Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD und Dr. Edmund Sawall, DSG-Organisator und u.a. Autor in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“. Die DSG hatte sich im Jahr 2000 gegründet, um u.a. einer angeblich „ethnisch-kulturellen Auflösung des deutschen Volkes infolge Duldung, ja Förderung einer multikulturlosen und multiethnischen Überlagerung und durch den Asylmißbrauch“ entgegenzuwirken. 2006 gehörte Heger zu den Unterzeichnern eines u.a. in der „Jungen Freiheit“ abgedruckten „Appells für die Pressefreiheit“. *hma* ■

NPD-Fußballturnier in Krefeld ?

KREFELD. Nachdem im September vergangenen Jahres ein Fußballturnier des NPD-Landesverbandes im „Großraum Mönchengladbach“ stattgefunden hatte, plant die NPD für den 30. August ein Turnier im Raum Krefeld. Am gleichen Tag findet in der Krefelder Innenstadt das jährlich durchgeführte „Fest ohne Grenzen“ statt. An dem NPD-Fußballturnier im vergangenen Jahr sollen 14 Mannschaften, von NPD-Gliederungen bis hin zu neonazistischen „Kameradschaften“, teilgenommen haben. Erst kürzlich hatte sich in Krefeld wieder eine Gliederung des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ gegründet. *peb* ■

Goslar will keine Nazis – und stellt Schilder auf

GOSLAR. Die Stadt Goslar wehrt sich gegen Sportveranstaltungen der rechtsextremistischen NPD. Wie erst jetzt bekannt wurde, hatte der NPD-Unterbezirk Braunschweig bereits am 2. August ein Fußballturnier unter dem Motto „Kicken gegen Links“ auf einem abgelegenen städtischen Fußballplatz in Goslar ausgetragen. Nach Informationen der Stadt Goslar sollen daran etwa 60 Personen teilgenommen ha-



6. September 2008 Antifaschistische Demo am Antikriegstag in Dortmund

Schon vergessen? Am 1. September 1939 brach Nazi-Deutschland den II. Weltkrieg vom Zaun. Angeblich wurde nur „zurückgeschossen.“ Die größten Kriegsverbrecher und Völkermörder der Geschichte stilisierten sich und ihre willigen Vollstrecker bis zuletzt zu „Opfern“ einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ hoch. Die Nazipropaganda machte die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern. Das Abschlachten Wehrloser galt als „Notwehr“, und angeblich wollten die Kriegstreiber immer nur das Eine: „Frieden“. Der Weg in den Weltkrieg war mit Friedenspropaganda gepflastert. Viel zu wenige hörten Brechts entlarvende Worte: „Die Oberen reden von Frieden. Kleiner Mann, mache Dein Testament!“

Am 6. September 2008 wollen die Nazis wieder in Dortmund aufmarschieren – angeblich gegen Krieg. Ihre „Friedensliebe“ ist so verlogen wie die „Unschuld“ ihrer SS-Opas. Wer „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ grölt, soll’s Maul halten! – Immer und erst recht, wenn es um Frieden geht!

Wo sich Nazis breit machen, gibt es keinen Frieden, sondern Terror gegen alle, die nicht in ihr beschränktes Weltbild passen. Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Kein Fußbreit den Faschisten!

Kommt alle zur antifaschistischen Demonstration am 6.9. um 10 Uhr auf den Hauptbahnhofsvorplatz in Dortmund!

DIE LINKE.
Kreisverband Dortmund ■

ben. Das bestätigte Stadtsprecherin Susanne Rossdeutscher. Stadt und Polizei hätten erst kurze Zeit später durch einen Bericht auf der Internetseite der NPD von der Veranstaltung erfahren. „Wir lassen derzeit prüfen, ob es sich um eine politische Veranstaltung gehandelt hat“, sagte die Stadtsprecherin. Sollte das der Fall sein, werde sich die Stadt um ein Verfahren gegen die NPD wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bemühen. Außerdem sollen nun auf allen Sport- und Bolzplätzen der Stadt Goslar Schilder aufgestellt werden, die Auswärtigen die Nutzung ohne Erlaubnis verbieten.“ (HAZ 08-08)

Die NPD schreibt auf ihrer Internetseite, dass Mitglieder der Kreisbereiche Goslar und Braunschweig, der Kreisbereich Helmstedt, der Unterbezirk Wolfsburg, parteiungebundene Mitglieder der Nationalen Kameradschaft Harz, Innerstetal und Northeim an dem Turnier teilgenommen haben. *bee* ■

Antifaschistische Zivilcourage darf nicht bestraft werden

BIELEFELD. Mit einem Offenen Brief hat sich die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Ulla Jelpke an die Rektorin der Fachhochschule Bielefeld, Frau Prof. Dr. Rennen-Allhoff gewandt. Darin heißt es:

„Sehr geehrte Frau Prof. Rennen-Allhoff, wie ich erfahren habe, wurde auf Ihre Initiative Anfang Juni 2008 ein Disziplinarverfahren gegen Professor Heinz Gess wegen Verletzung seiner Dienstpflichten und Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht eingeleitet. Konkret wird Professor Gess vorgeworfen, in einem Artikel darauf hingewiesen zu haben, dass der faschistische Ideologe und ehemalige NSDAP-Angehörige Werner Haverbeck (1909-1999) ab 1972 mehrere Jahre lang an der FH Bielefeld als Professor für Sozialwissenschaften wirken konnte.

Professor Gess hatte kritisch angemerkt, dass das Rektorat der FH Bielefeld es zu keinem Zeitpunkt für nötig gehalten hatte, sich von Haverbecks Gesinnung und neofaschistischen Aktivitäten zu distanzieren. Nun wird Professor Gess vorgeworfen, mit dieser Kritik dem Ansehen der Direktorats-Behörde zu schaden.

Soll jetzt ein couragierter Wissenschaftler dafür bestraft werden, dass er einen lange vertuschten Skandal öffentlich macht? Erst vor wenigen Monaten wurde das von Haverbeck gegründete faschistische Schulungszentrum Collegium Humanum in Vlotho wegen rechtsextremer Umtriebe vom Bundesinnenministerium verboten.

Nicht Professor Gess schadet dem Ansehen der FH Bielefeld, sondern die Tatsache, dass Ihre Behörde offenbar weiterhin versucht, die Einstellung eines alten Nazis vor über 30 Jahren zu vertuschen.

weiter auf Seite 4

Öffentliches Blockadetrainng auf der Dpmplatte am 9. August Foto: www.arbeiterfotografie.com

Rassistenkongress nun auf dem Heumarkt

KÖLN. Der sogenannte Anti-Islamisierungskongress von „Pro Köln“ wird nicht wie angekündigt auf dem Roncalliplatz, sondern auf dem Heumarkt stattfinden. „Der Protest der Kölner Stadtgesellschaft, die breite Bewegung von Gewerkschaften und Kirchen, zahlreichen Initiativen und Bündnissen zeigt Wirkung: Der Rassistenkongress findet nicht mehr vor dem Kölner Dom statt!“ so

DGB-Vorsitzender Uellenberg-van Dawen bei einer Pressekonferenz am 21. August. Allerdings auch auf dem Heumarkt bleibe der Rassistenkongress ein Skandal, gegen den man sich querstellen werde.

Unter dem Motto „Wir stellen uns quer – Kein Rassismus in Köln“ ruft das Bündnis die Bürgerinnen und Bürger Kölns und der Region auf, sich am Samstag, den 20. September 2008 ab **9 Uhr** auf dem **Roncalliplatz** vor dem Kölner Dom zu versammeln.

Bei der Auftaktkundgebung werden neben Oberbürgermeister Fritz Schramma auch die Vorsitzende des Katholikenausschusses Hannelore Bartscherer, Claudia Wörmann-Adam für die Gewerkschaften und ein Repräsentant der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes (FIR) sprechen.

Im Anschluss findet eine Demonstration in Richtung Heumarkt statt, um dort Menschenketten um den Versammlungsort der Rassisten zu bilden.

Das Bündnis „Aufstehen, hingesetzt, blockiert“ beginnt seine Aktionen mit einer Auftaktkundgebung am **Gürzenich,** ebenfalls um **9 Uhr**. Auch hier läuft die Mobilisierung auf Hochtouren mit Infoveranstaltungen, Plakaten, Flyern, Aktionstagen in den Stadtteilen.

Am 9. August fand auf der Domplatte ein erstes öffentliches Blockadetraining statt in Vorbereitung auf die geplanten Blockaden des Kongresses, denn auch ziviler Ungehorsam will geübt sein. In den nächsten drei Wochen gibt es noch etliche Termine für alle, die sich beteiligen wollen. Auf der Internetseite

www.hingesetzt.mobi

werden die Termine laufend veröffentlicht. Auch alle Veranstaltungen und Aktionen, die von den verschiedenen Beteiligten am Bündnis zum Thema durchgeführt werden, sind dort zu finden. ■

Ich fordere Sie daher auf, das Disziplinarverfahren gegen Professor Gess unverzüglich einzustellen. Unabhängige Historiker sollten anschließend klären, wie es überhaupt möglich war, dass der Alt- und Neonazi Haverbeck an der FH Bielefeld Dozent werden konnte.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Heinsberg: Nazis schmieren Büro der Grünen zu

HEINSBERG. Neonazis beschmierten vermutlich in der Nacht vom 16. zum 17. August das Büro von Bündnis 90 / Die Grünen in Heinsberg. Dort war zu lesen „Rache für Heß“ und darunter ist ein Hakenkreuz zu sehen. Rudolf Heß, der Stellvertreter Adolf Hitlers, wurde nach Ende des Krieges zu lebenslanger Haft verurteilt und ins Kriegsverbrechergefängnis nach Spandau verlegt, bis er am 17. August 1987 Selbstmord beging. Neonazis verehren ihn heute als Märtyrer und behaupten, Heß sei vom britischen Geheimdienst ermordet worden.

Die Schmierereien zeigen also eindeutigen Bezug zum 21. Todestag Heß’, der von den Neonazis als Märtyrertag gefeiert wird. Im gesamten Heinsberger Stadtgebiet sind in den letzten Wochen auch Aufkleber verklebt worden, die dem „Rudolf-Heß-Gedenken“ dienen sollen. Die Tat reiht sich in bundesweite Heß-Gedenkaktionen ein und zeigt, dass die Neonazis auch in Heinsberg versuchen, wieder Fuß zu fassen.

Antifa Heinsberg ■
http://antifahs.blogsport.de/2008/08/17/nazis-schmieren-buero-der-gruenen-zu/

Dritter Anschlag auf Wahlkreisbüro von Ulla Jelpke

DORTMUND. Erneut gab es auch einen rechtsextrem motivierten Anschlag auf das Dortmunder Wahlkreisbüro von Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE. Die Scheibe des Büros ist dabei mit einem Geschoss zerschlagen worden. Nach einer vorläufigen Einschätzung der Polizei hat es sich bei der eingesetzten Waffe um eine Stahlzwille gehandelt, es könne aber auch eine Schusswaffe gewesen sein. Der rechtsextreme Hintergrund des Anschlags offenbart sich durch zwei Aufkleber, die auf Nazi-Aktionen anlässlich des Todestags des früheren Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess hinweisen.

Bereits im Jahr 2007 hat es zwei Anschläge auf das Wahlkreisbüro gegeben, beide Male wurde die Scheibe zerstört und rechtsextreme Aufkleber geklebt bzw. Parolen gesprüht. Darüber hinaus erhalte ich in beinahe regelmäßigen Abständen neofaschistische Hass- und Drohbriefe.

„Mit dem jetzigen Anschlag sind die Nazis dazu übergegangen, lebensbedrohliche Waffen einzusetzen. Damit hat sich das Gewaltniveau massiv erhöht. Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird die Situation allmählich unerträglich, „ so Ulla Jelpke. „Die Gewalteskalation bei den Anschlägen droht meine parlamentarische Arbeit einzuschränken. Damit ist auch das Bundestagspräsidium gefordert: Schon mehrfach habe ich darauf gedrungen, dass sicherheitstechnische Maßnahmen für das Wahlkreisbüro übernommen werden. Das Bundestagspräsidium hat aber erst vor wenigen Tagen mit einer formelhaften Begründung entsprechende Anträge von mir abgelehnt.

Es darf nicht sein, dass frei gewählte Abgeordnete des Parlaments und deren Mitarbeiter schutzlos den Angriffen gewalttätiger Nazis ausgesetzt werden. Ich bin auch nicht bereit, das Büro in einem Hinterhof zu verstecken. Das käme einer Kapitulation vor der rechtsextremen Gewalt gleich. Ich fordere deshalb Bundestagspräsident Lammert auf, die Übernahme der sicherheitstechnischen Maßnahmen an meinem Wahlkreisbüro zu veranlassen.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Kein Persilschein für die Reps

BERLIN. Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen der Partei „Die Republikaner“ seien seit Jahren rückläufig, behauptet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 16/10060). Dementsprechend seien die Reps in den Verfassungsschutzberichten des Bundes für die Jahre 2006 und 2007 nicht mehr in eigenen Textbeiträgen erwähnt.

„Der Persilschein der Bundesregierung für die so genannten „Republikaner“ ist völlig unangebracht,“ so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Denn seit Jahresbeginn intensivieren die Reps ihre Kontakte mit ausländischen Rechtsextremisten wie dem belgischen Vlaams Belang und der italienischen Lega Nord, die aktive Hatz auf Migranten und Roma betreiben. Auf ihrem Europakongress im Juni 2008 vergaben die Reps demonstrativ einen Europapreis an den verstorbenen Vorsitzenden der belgischen Partei Vlaams Block, Karel Dillen. Der Vlaams Block hatte sich 2004 aufgelöst und als Vlaams Belang neu gegründet, nachdem das oberste belgische Gericht sein Programm als rassistisch und diskriminierend einstufte.

Offen rassistisch ist die laufende Kampagne der „Jungen Republikaner“ unter dem Motto „Mach mich nicht an, Ali“, in der neben dem Bild einer blonden Frau gegen muslimische Migranten gehetzt wird.

Die Reps mögen in Bezug auf Mitglieder und Wahlergebnisse geschwächt sein. Grund zur Entwarnung ist das nicht. Rassismus und rechtsextremer Hetze gilt es in jedem Fall entgegenzutreten – auch, wenn diese in Form von Islamhass daher kommen.

Die Antwort der Bundesregierung steht auf www.ulla-jelpke.de ■

Kriegsmassaker vor Gericht

MÜNCHEN. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 18.7. berichtete, beginnt in München am 15. September ein Prozess wegen 14-fachen Mordes gegen den 89-jährigen Josef S.

Josef S. war 1944 Kompanieführer im Gebirgsjägerpionier-Bataillon 818, das in Mittelitalien den deutschen Rückzug sichern sollte. Im Juni 1944 reparierte die Einheit in dem kleinen Weiler Falzano bei Cortona (Toskana) eine von Partisanen gesprengte Brücke. Am 26. Juni geriet eine deutsche Streife bei dem Versuch, von Bauern ein Pferd zu requirieren, in einen Hinterhalt. Zwei Soldaten der von dem Angeklagten geführten 1. Kompanie wurden dabei getötet. Die Staatsanwaltschaft wirft dem ehemaligen Leutnant Josef S. vor, einen Vergeltungsschlag befohlen zu haben, bei dem insgesamt 14 italienische Zivilisten, überwiegend Bauern aus der Umgebung, getötet wurden. Zunächst erschossen Soldaten vier Zivilisten, darunter eine 74-jährige Frau und ein 21-jähriger Bauernsohn auf der Straße. Danach sperrte die Einheit elf zusammengetriebene Männer im Alter zwischen 16 und 66 Jahren in das Haus eines Bauern. Die anschließende Sprengung der „Casa Cannicci“ mit Dynamit überlebte nur einer.

Josef S. hat die Vorwürfe bislang bestritten. Er lebte jahrzehntelang unbehelligt in Ottobrunn. Für die Freien Wähler saß er 20 Jahre lang im Gemeinderat. Im September 2006 verurteilte ihn ein Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslanger Haftstrafe.

Der Prozess gegen Josef S. soll am 15. September beginnen. Der 89-Jährige wurde untersucht und von Gutachtern als verhandlungsfähig eingestuft. Es ist aber aufgrund seines hohen Alters davon auszugehen, dass man nur stundenweise verhandeln können wird.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 18.07.2008 ■

Proteste gegen Sommerbiwak der 1. Panzerdivision

HANNOVER. Am 22. August fand in Hannover zum 35. Mal das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision statt. Mit einem antimilitaristischen Aktionstag wurde dieser Propagandaveranstaltung der Bundeswehr Protest und Widerstand entgegengesetzt.

Im Rahmen des Aktionstages fanden zwei Demonstrationen statt. In den letzten Jahren wurde zum HCC hin demonstriert und vor Ort war man gezwungen auf den mit Hamburger-Gittern abgesperrten Theodor Heuss Platz zu laufen. Deshalb startete die erste Kundgebung um 17 Uhr diesmal direkt vor Hannovers Congress Centrum (HCC), in dem die Panzerfreunde feierten. Damit sollte Allen, die nicht in diesen Gitterkäfig laufen wollten, die Möglichkeit eröffnet werden auch außerhalb des offiziellen Kundgebungsplatzes aktiv zu werden.

Das Ziel, das kleinere Gruppen von DemonstrantInnen auch an den Zufahrtswegen, Parkplätzen und Bahnstationen protestieren konnten, wurde erreicht. Trotz Regen beteiligten sich mit über 400 Leute ungefähr doppelt so viele Menschen an der ersten Kundgebung und der anschließenden Demonstration als im letzten Jahr.

Sehr erfreulich war auch, dass sich dieses Jahr sehr viele Einzelpersonen und Gruppen vorher Aktionen überlegt hatten. So gab es rund um den Kundgebungsplatz z.B. jede Menge Transparente, Lärm, Parolenschnipsel und Schilder. Nachdem die Militärs und ihre Gäste bei ihrem Sommerbiwak angekommen waren, wurde lautstark entlang des Stadtparks demonstriert. Erst am Morgen hatte das Oberverwaltungsgericht die Demonstrationsroute auf der Clausewitzstr. entlang des Stadtparks bestätigt.

Bemerkenswert waren Nachmittags außerdem einige neue „Sicherheitsvorkehrungen“. So wurde der Hauptanreiseverkehr entgegen der letzten Jahre nicht entlang des Theodor Heuss Platzes abgewickelt, es kamen kaum Gäste per Bahn und der Eingang zum Sommerbiwak war vom Haupteingang des HCC zu einem der Nebeneingänge verlegt worden. Beim gesamten Biwak sind über 6.000 Gäste anwesend, entgegen der letzten Jahre kamen aber höchstens einige hundert davon entlang unserer Kundgebung. Sicher ein Ergebnis der Proteste, dass sich die PanzerfreundInnen nur noch durch den Nebeneingang trauen.

Genau dieses Bild wird sich auch den BiwakbesucherInnen eingeprägt haben, zumal die gesamte Demoroute entlang des Stadtparks mit Hamburgergittern abgesperrt war und rund um den Stadtpark hunderte Polizisten im Einsatz waren.

Nach einer Unterbrechung zum Kräfte tanken, essen und neue Aktionen planen, demonstrierten ab 22 Uhr erneut ca. 250-300 Menschen zum Stadtpark. Trotz strömenden Regens gab es eine lautstarke Kundgebung vor dem Congress Centrum. Wieviele Aktionen neben den Demos/Kundgebungen noch stattfanden, ist schwer zu beurteilen. Zumindest waren überall rund ums HCC zig, sehr laute Sirenen zu hören.

Auch wenn insgesamt noch wesentlich mehr laufen könnte, war dieser Aktionstag für die antimilitaristische Bewegung in Hannover ein Schritt nach vorne, auf den sich aufbauen lässt. Der ansteigende Trend der TeilnehmerInnenzahlen der letzten Jahre hat sich fortgesetzt. Es gab sehr viel mehr Leute, die sich selbstständig Aktionen ausgedacht haben.

Mit der Abenddemo wurde eine neue Erfahrung gemacht und Einschätzungen gewonnen, auf deren Grundlage wir nun Konzepte für das nächste Jahr entwickeln können.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass der antimilitaristische Aktionskreis Hannover ein sehr breites Bündnis von autonomen/linksradikalen Gruppen bis hin zu Gruppen der Friedensbewegung, Attac und der Linkspartei ist. Dieses Bündnis hat alle Spaltungsbestrebungen die es im Vorhinein gab, entschieden zurückgewiesen. So wurde es z.B. geschafft, aus dem Versuch der Stadt unsere Veranstaltung zu behindern, indem sie uns die gemieteten Räume wieder kündigte, in die Offensive zu kommen. Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es schon ab zwei Wochen vor dem Biwak sehr viel Presse.

Die 1. Panzerdivision ist in Hannover mittlerweile soweit geächtet und die Zusammenarbeit mit ihr soweit aus der Normalität gerissen, dass ein öffentlicher Rechtfertigungsdruck aufgebaut werden konnte. Zum Beispiel sehen wir es auch als einen deutlichen Erfolg, dass die mitregierenden Grünen im Stadtrat dem Koalitionspartner SPD die Verantwortung für die Patenschaft der Stadt Hannover mit der 1. Panzerdivision zuschieben. Bei der Marktkirche hat dieser Druck dazu geführt, dass das alljährliche Adventskonzert der 1. Panzerdivision zukünftig nicht mehr stattfindet. siehe de.indymedia.org/2008/08/224315.shtml

Um auch das Sommerbiwak zukünftig zu verhindern, wird der Druck wohl noch größer werden müssen. Wir haben definitiv einen langen Atem und werden weiterhin überall dort auftauchen, wo die 1. Panzerdivision sich in die Öffentlichkeit traut. Nächstes Jahr ist wieder Sommerbiwak!

Kein Frieden mit der 1. Panzerdivision!
Bundeswehr in Hannover und überall sonst wegtreten!

Hannovers antimilitaristische Homepage: http://antimilitarismus.blogsport.de ■

Die erste Panzerdivision ist nicht irgendeine Truppe des deutschen Heeres. Sie ist mit der Umgestaltung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee die Eingreifdivision des deutschen Heeres geworden. Sie ist demnach zuständig für Angriffskriege. Dafür ist die Divisionsstärke von 10.000 auf 19.000 SoldatInnen aufgestockt worden. Um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen, besteht die Division fast ausschließlich aus Berufs- und Zeitsoldatlnnen. Momentan sind 4.500 dieser SoldatInnen auf drei Kontinenten im Auslandseinsatz. Die „Schnelle Eingreiftruppe“, mit der die BRD ihren Afghanistaneinsatz ausweitet, setzt sich aus Einheiten der 1. Panzerdivision zusammen.
Aber auch im Inneren ist die 1. Panzerdivision an vorderster Front: Fennek-Spähpanzer waren z.B. im Juni 2007 rund um den G8-Gipfel gegen GlobalisierungskritikerInnen im Einsatz.

Pflichtthema „Vertreibung“

HANNOVER/BERLIN. Die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen setzt das Thema einer staatlichen Revisionsoffensive auf den Lehrplan der niedersächsischen Schulen. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ zum verbindlichen Unterrichtsthema an sämtlichen allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen, teilt die Landesregierung in Hannover mit. Es sei „wichtig“, die Erinnerung an die Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg „wach zu halten“, erklärt der zuständige Landesbeauftragte mit Blick auf die altersbedingt schwindende „Erlebnisgeneration“.

Die Landesregierung unterstützt seit jeher Initiativen, die diesem Zweck dienen, trägt zur Finanzierung eines Erinnerungs- und Dokumentationszentrums zur Umsiedlung der Deutschen bei (in Berlin) und unterhält bereits seit 1950 eine Sonderbeziehung („Patenschaft“) zur Landsmannschaft Schlesien, einem Verband umgesiedelter Deutscher.

Lehrplan

Die Anordnung „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ zum verbindlichen Unterrichtsthema in dem Bundesland gilt für sämtliche allgemeinbildenden Schulen.[1] War es schon bisher ohne weiteres möglich, den Gegenstand im Geschichtsunterricht zu behandeln, so ist dies nun unerlässliche Pflicht. In Hauptschulen etwa muss von nun an laut Lehrplan für die neunte Klasse in Verbindung mit der NS-Diktatur auch auf „Flucht und Vertreibung“ als Kriegsfolgen eingegangen werden. Dies bestätigt auf Anfrage das niedersächsische Kultusministerium. Kinder und Jugendliche in Niedersachsen kommen ab sofort um eine Beschäftigung mit der Thematik nicht mehr herum.

Erinnerung stärken

Der niedersächsische „Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler“, Rudolf Götz, verbucht die Neuerung als Erfolg seiner Tätigkeit. Er habe sich „bereits seit längerer Zeit für die verbindliche Berücksichtigung dieses Themas im Unterricht eingesetzt“, erklärt Götz. Der Landtagsabgeordnete, dessen Amt 2003 eingerichtet wurde, sichert osteuropäischen Zuwanderern deutscher Abstammung („Spätaussiedler“) ebenso besondere staatliche Zuwendung wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg geflohenen und umgesiedelten Deutschen („Vertriebene“). „Die Erlebnisgeneration der Heimatvertriebenen wird kleiner“, beobachtet er und begrüßt, dass die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Aufnahme der Thematik in den Schulunterricht gestärkt wird – unabhängig vom altersbedingten Ableben der damaligen Betroffenen. Die Erinnerung an das Nachkriegsgeschehen sei „wichtig“, urteilt Götz.[2]

Öffentlich präsent

Die niedersächsische Lehrplan-Erweiterung reiht sich ein in weitere Maßnahmen staatlicher Stellen, die sämtlich darauf abzielen, „Flucht und Vertreibung“ auch nach dem Verschwinden der „Erlebnisgeneration“ im öffentlichen Bewusstsein präsent zu halten. Prominentestes Beispiel ist ein Erinnerungs- und Dokumentationszentrum in Berlin („Zentrum gegen Vertreibungen“), das den angeblichen Unrechtscharakter der Umsiedlung hervorheben soll. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss ist in diesem Frühjahr gefallen und sieht eine enge Anbindung des Zentrums an Regierung und Parlament sowie die Verbände der deutschen Umgesiedelten vor. Deren Tätigkeit erfreut sich weiterhin der Unterstützung höchster Stellen; so nimmt an der diesjährigen Auftaktfeier zum „Tag der Heimat“ des „Bundes der Vertriebenen“ am 6. September Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als Festredner teil. Die Berliner Maßnahmen werden auch vom Bundesland Niedersachsen unterstützt. Erst kürzlich teilte der Landesbeauftragte Götz in Hannover mit, die Landesregierung habe „einen finanziellen Beitrag“ für die Errichtung des Berliner Zentrums gegen Vertreibungen „im Haushalt verankert“.[3]

Rechtsansprüche

Niedersachsen, das durch seine aktuelle Lehrplan-Erweiterung eine flächendeckende Befassung künftiger Generationen mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ erreicht, hat bereits 1950 enge Beziehungen zu den „Vertriebenen“-Verbänden aufgenommen - in Form einer „Patenschaft“ bei der Landsmannschaft Schlesien. Ihr bietet das Bundesland seitdem finanzielle, organisatorische und politische Unterstützung. Es gehe darum, vermeintliche „Rechtsansprüche auf die Heimat unbeirrbar mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln zu vertreten“, hieß es in den 1950er Jahren bei der Landsmannschaft.[4] Dass auch heute noch Ansprüche materieller Art beim Thema „Flucht und Vertreibung“ eine wichtige Rolle spielen, lässt kaum jemand deutlicher erkennen als der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, der politisch von der niedersächsischen Rückendeckung für seinen Verband profitiert.

Rückgabe und Entschädigung

Pawelka ist Aufsichtsratsvorsitzender einer Organisation mit dem Namen Preußische Treuhand [5], die es sich zur Aufgabe gemacht hat, vermeintliche Rechtsansprüche umgesiedelter Deutscher auf Rückgabe ihres früheren Grundbesitzes durchzusetzen – mit Hilfe von Prozessen vor europäischen Gerichten gegen Polen. Die Klagen basieren auf der Behauptung, Enteignung und Umsiedlung der Deutschen seien Unrecht gewesen. Dies träfe nur zu, wenn man das Potsdamer Abkommen und die daran anknüpfenden Umsetzungsbestimmungen (Benes-Gesetze etc.) nicht anerkennen wollte – eine Rechtsposition, die in der Staatenwelt außerhalb Deutschlands bisher noch kaum Zustimmung findet. Vor allem die Bundesrepublik und Österreich stützen diese Auffassung aber und halten damit bis heute an der Rechtsgrundlage für Forderungen umgesiedelter Deutscher nach Rückgabe oder Entschädigung ehemaligen Eigentums fest (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

Revisionsoffensive

In den vergangenen Jahren ist Berlin mit seiner Rechtsposition zum Thema Umsiedlung in die Offensive gegangen. Dass die Umsiedlung „Unrecht“ gewesen sei, steht im Mittelpunkt nicht nur des Großprojekts Zentrum gegen Vertreibungen [7], sondern auch einer breiten Medienkampagne [8]. Mehrfach wurden europäische Zusammenschlüsse – die EU, der Europarat, das Europaparlament [9] – mit dieser deutschen Auffassung konfrontiert. Erste Erfolge haben sich inzwischen eingestellt. Die ungarische Regierung etwa hat die Einstufung der Umsiedlung als Unrecht übernommen [10], in Serbien ist die Rückgabe früheren deutschen Eigentums oder wahlweise die Zahlung von Entschädigungen an umgesiedelte Deutsche im Gespräch [11]. Die Rede ist von mehreren Milliarden Euro.

Dass die europaweite Revisionsoffensive nicht durch mangelndes Interesse im Inland behindert wird, dazu trägt jetzt das Bundesland Niedersachsen bei – mit dem neuen Schul-Pflichtthema „Vertreibung“.

www.german-foreign-policy.com ■

[1], [2] Flucht und Vertreibung verbindlich im Unterricht; Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration 13.08.2008
[3] Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler; Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration 07.02.2008
[4] Erinnerungen an die Gründungsjahre; www.schlesien-lm.de
[5] s. dazu Fristen (I), „Eigentümer an Grund und Boden“ und „Geklautes Land“
[6] s. dazu Umfassende Ansprüche, Ausgetrickst, Heute ist es das Gleiche, Grenzfragen und Interview mit Christoph Koch
[7] s. dazu Gegen Prag, Die Perspektive der Täter, Revisionsoffensive und „Appell zur Wahrung des geschichtlichen Zusammenhangs“
[8] s. dazu Umerziehung und Work in Progress
[9] s. dazu Annullierung später, Annullierung jetzt, Revision der Geschichte, Hitler, Stalin, Churchill, Roosevelt und Moralisch und materiell
[10] s. dazu Ein besonderes Verhältnis
[11] Serbien beschließt großzügige Entschädigung der Donauschwaben; Märkische Zeitung Januar 2008

Antiziganismus in „Nation & Europa“

Antiziganismus ist ein noch wenig untersuchter Gegenstand innerhalb der Rechtsextremismusforschung. Umso interessanter ist die Untersuchung der ältesten und immer noch einflussreichen rechtsextreme Zeitschrift „Nation&Europa“ [1] nach Ideologemen des Antiziganismus.

Zum Begriff Antiziganismus

Der Begriff Antiziganismus charakterisiert die Feindschaft gegenüber Sinti und Roma. [2]

Die Grundlage dieser Gegnerschaft ist ein „Zigeuner“-Bild, das aus Stereotypen und Vorurteilen besteht.[3] Antiziganismus bedeutet jedoch nicht nur die Zuschreibung von negativ bewerteten Dispositionen wie Primitivität, Kriminalität usw., sondern auch diejenigen quasi positiven Eigenschaften wie Lagerfeuerromantik oder Musikalität.

Antiziganistische Stereotype in „Nation&Europa“

Als Pläne und Konzepte für ein Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden im 2. Weltkrieg in Berlin entworfen wurden, schaltete sich der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, in die Debatte ein und erinnerte daran, dass ebenfalls Sinti und Roma Opfer der rassistischen Verfolgungspolitik gewesen waren.

Weiterhin stellte er die Forderung auf, dass auch dieser Opfergruppe mit einem zentralen Mahnmal gedacht werden müsse. Dieser Appell wird von „Nation&Europa“ thematisiert und entschieden zurückgewiesen. Die Zeitschrift versucht, indem sie sich auf scheinbar seriöse Wissenschaftler (Eberhard Jäckel, Hermann Arnold) beruft, die Tatsache zu widerlegen, dass unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 500.000 Sinti und Roma ermordet worden sind. Jäckel spricht von 90.000 - 219.000 Opfern[4], Arnold sieht in der Zahl von 500.000 willkürliche Schätzungen.[5]

Diese angeblichen wissenschaftlichen Beweise heranziehend spricht „Nation& Europa“ von fiktiven Zahlen des Zentralrats und lehnt die Wiedergutmachungsforderungen ab.

Das Vorurteil, dass die Integration der Sinti und Roma in die deutsche Mehrheitsbevölkerung unmöglich wäre und ihnen kollektiv eine „Andersartigkeit“ unterstellt wird, wird in „Nation&Europa“ mehrfach aufgegriffen. Der bereits oben erwähnte „Zigeunerforscher“ Hermann Arnold stellt die These auf, dass es der „Kultur und Wesensart“ der Sinti und Roma widerspreche, sich „außerhalb des eigenen Clans“ politisch zu organisieren.[6]

Ein Bericht über die Ansiedlung von Sinti und Roma in Darmstadt gipfelt in der Aussage: „Man muß es akzeptieren, daß es in den europäischen Ländern Gruppen gibt, z.B. die Zigeuner, die ihre eigene, von der unseren stark abweichenden Lebensweise beibehalten wollen.“ [7]

Besonders hervorgehoben wird von „Nation&Europa“ die angebliche Kriminalität der Sinti und Roma. So sollen in über 100 Fällen Darmstädter Romakinder bei Einbruchsdiebstählen im gesamten Bundesgebiet auf frischer Tat ertappt worden sein.[8] Diese angeblichen Diebstähle werden allerdings in keinem Fall durch irgendeine Quelle belegt. Ein Mord an einem Darmstädter Gastwirt im Februar 1982 wird ohne jeglichen Hinweis auf eine Tatbeteiligung den in Darmstadt wohnenden Sinti und Roma zugeschrieben.[9]

Vor allem Anfang der 1990er Jahre wurden Sinti und Roma in Politik, Gesellschaft und Medien wiederholt als „Sozialhilfebetrüger“ dargestellt. „Nation& Europa“ beteiligte sich an dieser Hetze, was verschiedene Meldungen aus der Rubrik „Nachrichten von der Überfremdungsfront“ belegen.[10] Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Berichterstattung von „Nation&Europa“ über den Fall der Romni Nidar Pampurowa aus Köln. Um ihrer drohenden Abschiebung nach Mazedonien zu entkommen, flüchtete Pampurova in die Illegalität. Die im Kölner Stadtrat vertretene rechtsextremistische „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) druckte daraufhin Steckbrief-Plakate mit dem Konterfei der Asylbewerberin und setzte eine Belohnung für ihre Ergreifung aus. Diese Hetzjagd wertete „Nation&Europa“ als „Akt aktiven Bürgersinns“.[11]

„Nation&Europa“ greifen in ihrer Berichterstattung über Sinti und Roma das Vorurteil über mangelnde Hygiene am Beispiel der Stadt Darmstadt auf.[12] Dieser Stereotyp dient auch als Hauptargument gegen das Zusammenleben der deutschen Mehrheitsbevölkerung mit Sinti und Roma.

In den Darstellungen in „Nation& Europa“ geht es häufig um die angebliche „Primitivität“ von Sinti und Roma. Dies wird unter anderem an der mangelnden Schulbildung oder der Analphabetenquote festgemacht.[13] Weiterhin wird der Versuch unternommen, ihnen eine Tauglichkeit zum Leben in industrialisierten Ländern abzusprechen: „Nur noch verkohlte Trümmer hinterließen die Zigeuner, die monatelang den Düsseldorfer Landtag belagert hatten. Sie hatten dort ihre Hütten abgerissen und verbrannt. Vorher feierten sie ihren Abzug und brieten in der Nacht noch einen Hammel über dem Feuer.“ [14]

Fazit

Antiziganismus besitzt eine jahrhundertealte Tradition, seine Ideologeme halten sich beständig bis in die Gegenwart.[15] Dies bestätigt die hier vorgenommene Untersuchung. Anhand der Berichterstattung werden Vorurteile konstruiert, die immer vom einzelnen Menschen abstrahieren und von unwandelbaren biologistischen Tatsachen ausgehen.

„Nation&Europa“ zielt darauf ab, aus dem angeblich unerträglichen Sozialverhalten der Sinti und Roma Verständnis für die ablehnende Haltung der deutschen Mehrheitsbevölkerung abzuleiten. Rassistisch motivierte Pogrome wie in Rostock-Lichtenhagen werden dadurch bagatellisiert und entkriminalisiert.

Michael Lausberg ■

Literatur

Nation&Europa 2/1981, Nation&Europa 5/1984
Nation&Europa 2/1991, Nation&Europa 3/1991
Nation&Europa 1/1992, Nation&Europa 9/1999
Nation&Europa 9/2000,
Pfeiffer, T.: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002
Solms, W./Strauß, D.: „Zigeunerbilder“ in der deutschsprachigen Literatur, Heidelberg 1995
Winckel, Ä.: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster 2002
Wippermann, W.: Wie die Zigeuner – wie die Juden. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, in: Butterwegge, C. (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Baden-Baden 1997, S. 69-84

Anmerkungen

1 Pfeiffer, T.: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002, S. 145-176
2 Wippermann, W.: Wie die Zigeuner – wie die Juden. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, in: Butterwegge, C. (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Baden-Baden 1997, S. 69-84, hier S. 69
3 Solms, W./Strauß, D.: „Zigeunerbilder“ in der deutschsprachigen Literatur, Heidelberg 1995, S. 8
4 Nation&Europa 9/2000, S. 41
5 Nation&Europa 9/1999, S. 13
6 Nation&Europa 9/2000, S. 43
7 Nation&Europa 2/1981, S. 43
8 Nation&Europa 5/1984, S. 53
9 Ebd.
10 Z.B. Nation&Europa 2/1991, S. 33-36
11 Nation&Europa 3/1991, S. 27
12 Nation&Europa 5/1984, S. 54
13 Ebd. S. 52
14 Nation&Europa 1/1992, S. 33
15 Winckel, Ä.: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster 2002, S. 175

Integration durch Sport

Der Bundesrepublik Deutschland sind nun schon mehrfach seitens internationaler Institutionen mangelnde Leistungen bei der Integration von Migranten bescheinigt worden, insbesondere im Zusammenhang mit dem hierzulande nach wie vor gepflegten mehrgliedrigen Schulsystem. In dieser Debatte haben vor allem aus dem pädagogischen Bereich viele Akteure darauf verwiesen, wie wichtig der integrative Ansatz bei den vorschulischen Einrichtungen sei und verstärkt Bemühungen der Politik eingefordert, die Integration von Migrantenkindern bei Kitas und Krippen zu verbessern. Aber auch hier sind die bislang erzielten Ergebnisse eben nicht gerade ermutigend. Neuere Untersuchungen der Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes (1) zeigen, dass insgesamt zwar jedes sechste Kind vor dem dritten Lebensjahr in einer solchen Einrichtung betreut wird, aber nur jedes zwanzigste Kind kommt dabei aus einer Migrantenfamilie. Bei den Drei- bis Fünfjährigen ist dieser Unterschied vor allem in Ostdeutschland besonders groß. Nahezu jedes Kind deutscher Eltern besucht dort einen Kindergarten, jedoch nicht einmal die Hälfte der Kinder aus Einwanderfamilien besucht eine solche Einrichtung.

Blieben der Sport und die dem Sport zugeschriebene Integrationskraft. Insbesondere im Zusammenhang mit sportlichen Großereignissen, wie der Fußballweltmeisterschaft 2006 und der Europameisterschaft 2008, sind eine ganze Reihe Aufrufe und Bekenntnisse von Politikern der politischen Parteien veröffentlicht worden, die versprechen, den Sportvereinen mehr Unterstützung zu gewähren, weil gerade Sportvereine einen wirksamen Beitrag für das Ziel einer verbesserten Integration von Menschen mit Migrationshintergrund leisten können. Leider steht auch hier das öffentliche Bekenntnis mancher Politiker oft in einem krassen Gegensatz zu der tatsächlich erbrachten Unterstützung. Allerdings haben bestimmte Projekte und Vereine zumindest an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen, die Integration wohl auch leben und nicht nur proklamieren.

Wir wollen hier, stellvertretend für viele andere, den Ansatz und das Geschehen in und um den Fußballverein FC Internationale Berlin vorstellen.

In Berlin-Schöneberg, in einem Kiez mit so genannten sozialen Brennpunkten treffen sich inzwischen regelmäßig über 500 Kinder und Jugendliche aus 35 Herkunftsländern, um gemeinsam zu trainieren und Fußball zu spielen. „no racism“ steht auf den Trikots als politische Aussage, dafür keine Werbung. Irgend jemand aus dem Verein sagte mal, dass sei der

1. Mannschaft im Gründungsjahr 1980

Der FC Internationale und seine Geschichte

Am Anfang des FC Internationale Berlin im Gründungsjahr 1980 ging es weniger um das Thema Integration. Die Geschichte des Vereins, vor allem zwischen 1980 und 1990 rankt um die typischen Themen der politischen Auseinandersetzung in der damaligen Frontstadt Westberlin. Es ging wie stets in Westberlin um „große Dinge“. Nichts Geringeres als „der Weltfrieden“ war z.B. das Thema 1982. Der Verein hatte zum großen Friedensturnier alle 123 Berliner Fußballvereine eingeladen. Die Schlagzeilen in der einschlägigen Presse damals lauteten: „FC Internationale will in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Friedens stärken“. Der Berliner Fußballverband hielt mit der bemerkenswerten Parole dagegen: „Der Weg zum Frieden kann nicht über den Sportplatz führen.“ Inter hatte zudem dazu aufgerufen, nach dem Turnier gemeinsam unter dem Motto „Sportler gegen Atomraketen“ am Ostermarsch teilzunehmen. Dem Sieger des Fußballturniers sollte nicht etwa ein schnöder Pokal sondern eine Graphik von Käthe Kollwitz überreicht werden. Die Westberliner Verbandsherren schnaubten unüberhörbar in der Westberliner Presse und wollten dem Turnier die Genehmigung verweigern mit der Begründung, „es habe mit Fußball nichts zu tun.“

Schon zuvor hatte es eine lange Auseinandersetzung um den Namen „FC Internationale“ gegeben. Die Verbandsherren des Westberliner VBB erregten sich über das „e“ am Ende des Namens und unterstellten einen „kommunistischen“ Beiklang. Einer der Vereinsgründer, Dozent an der Technischen Universität Berlin, gewann schließlich Spieler aus einer Mannschaft von internationalen Studenten. Das diente auch als Legitimation für die Namensgebung gegenüber dem Fußballverband. Geholfen haben sollen auch Solidaritätsadressen der Bundesligaspieler Ewald Lienen und Rudi Völler, um den Berliner Fußballverband zum Einlenken zu bringen.

Dennoch, die Auseinandersetzungen mit dem Fußballverband nahmen auch in der Folgezeit nicht ab. Als in Westberlin während einer Hausbesetzerdemonstration der Demonstrant Klaus Jürgen Rattay ums Leben kam, liefen die Mannschaften des FC Internationale mit Trauerflor auf. Der Verband protestierte. Später, nach Schließung der AEG-Werke in Berlin solidarisierten sich die Spieler des FC Inter mit der Aufschrift „AEG-Arbeitsplätze sichern“ auf den Trikots.

1997 geriet der Verein nach längerer Pause wieder mal in die Presse, als er für die erste Männermannschaft eine weibliche Trainerin engagierte. Das bundesweite Echo zu diesem Vorgang gipfelte in einer Bemerkung von Uli Hoeneß, die hier aber nicht weiter erörtert werden soll.

Mittlerweile hat der Verein durch seine Arbeit auch im Berliner Verband Anerkennung und Respekt erworben und ist neben vielen besonderen eben auch, was er immer sein wollte, ein normaler Fußballverein.

brr ■

kleinste gemeinsame Nenner aller Mitglieder, aber den unterstützen wirklich alle. Für seine soziale Arbeit wurde der Verein mehrfach mit Preisen bedacht, u. a. mit dem „Stern des Sports“ für Integrationsarbeit vom Landessportbund und dem „Sepp Herberger Preis“ des DFB für Kinder- und Jugendarbeit. Seit 2006 ist der Verein offizieller Integrationsstützpunkt“ im Rahmen des durch Bundesinnenministerium und Bundesamt für Migration geförderten Programms „Integration durch Sport“, welches wiederum durch die Dachorganisation aller deutschen Sportverbände ins Leben gerufen wurde. In Summe erhält der FC Internationale dadurch lediglich eine auf fünf Jahre begrenzte Förderung von jährlich 1000 Euro. Der Verein mit seinen nunmehr fast 900 Mitgliedern hatte in den letzten Jahren dank gestiegener Popularität enorm viel Zulauf von Kindern und Jugendlichen. Inzwischen sind mehr als 500 Jugendliche und mehr als 30 Jugendmannschaften im regelmäßigen Spielbetrieb. Was dazu die 1000 Euro im Jahr wirklich beitragen können, mag dahingestellt bleiben. Der Vereinsvorstand jedenfalls hat sich artig bedankt.

Mannschaft beim legendären Friendenstunier 1982

Ein Team der Nachrichtensendung „heute“ des ZDF war anwesend, als zum Auftakt der Kampagne „Netz gegen Nazis“ am 5. Mai 2008 die B-Jugend stellvertretend für den FC Internationale ihr Foto zur Unterstützung der Aktion aufnahm.

Und das Konzept?

Verschiedene Journalisten von der Tagesschau bis zur Berliner Tagespresse sind inzwischen, vor allem in der Zeit rund um den „Integrationsgipfel“, beim FC Inter aufgetaucht und haben bei Geschäftsführer, Vereinsvorstand, Jugendtrainer und Mitgliedern zu ergründen versucht, worin denn das Besondere im „Konzept“ vom FC Internationale zu suchen sei.

Die Antworten sind allesamt schlicht und unspektakulär. Sie lauteten etwa wie folgt: „Wir machen nichts Besonderes. Wir thematisieren ‚Integration‘ nicht extra. Unsere Mitglieder sind gehalten, sozial miteinander umzugehen. Wir lassen Diskriminierungen nicht zu. Wir legen großen Wert auf faires Spiel. Für uns ist entscheidend, das Miteinander als Selbstverständlichkeit zu leben, egal wo einer herkommt. Unsere Jugendlichen sprechen Deutsch auf dem Sportplatz, weil es gar nicht anders geht. Die Übungsleiter sind bewusst hinterher, dass die Verständigung klappt. Wir gehen gegen Pöbeleien vor, auch wenn sie vom Spielfeldrand kommen. Wir legen Wert auf die Auswahl der Betreuer.“

Der Verein finanziert sich zu 70 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, der Rest sind Spenden und öffentliche Zuschüsse. Öffentliche Gelder gibt es meist nur für einzelne ausgefallene Projekte, Ferienfußballcamps etc., nicht für die normale Arbeit. Aber darauf käme es eigentlich an.

Die 60 Übungsleiter des Vereins arbeiten ehrenamtlich. Meist handelt es sich um frühere aktive Spieler. Auch Trainerlizenzen werden bislang nicht bezuschusst. 2007 hatte Bundeskanzlerin Merkel verkündet, es sollten „verstärkt Übungsleiter ausgebildet werden in den Gegenden und Regionen, in denen sehr viele Migrantinnen und Migranten leben und wohnen.“

An Trainern allerdings mangelt es dem Verein nicht wirklich. Es mangelt jedoch an Sportplätzen. Zeitweise musste deshalb bereits ein Aufnahmestopp verhängt werden. Die Zugkraft des Vereins auf Kinder und Jugendliche hält unvermindert an. Inzwischen bilden sich auch Mädchenteams. Vier gibt es bereits und die D-Jugend gewann im letzten Jahr Berliner Meisterschaft und Pokal. *brr* ■

(1) Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 24.7.2008

Solidarität mit den Beschäftigten der AEG-Werke

NS-Kriegsverbrecher lebt unbehelligt in Bad Harzburg

Am Samstag, 16.8. fand in Bad Harzburg eine Kundgebung unter der Losung „Keine Ruhe für NS-Täter – Entschädigung der Opfer“ statt. In Bad Harzburg lebt der ehemalige Offizier der Wehrmacht Hans Dietrich Michelsen. Er wurde im Februar 2008 von einem italienischen Militärgericht wegen seiner Beteiligung an Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft und zu Entschädigungszahlungen verurteilt.

Dieses Urteil hat bisher in der BRD und im Wohnort des Kriegsverbrechers keine Beachtung gefunden. Am Montag (18.8.) jähren sich die Erschießungen, für die Michelsen verurteilt wurde. Die Kundgebung fand in zeitlicher Nähe zu diesem traurigen Jahrestag statt, um die Forderungen der Hinterbliebenen zu betonen und um diese auch in Bad Harzburg, dem Wohnort des Kriegsverbrechers, bekannt zu machen.

Mitte Februar 2008 erging das Urteil gegen Michelsen vor dem Militärtribunal im italienischen La Spezia. Laut Urteil war der damals 29-jährige Michelsen am 18. August 1944 an der Ermordung von vier italienischen Bauern im Dorf Grotta di Maona beteiligt: Der 18-jährige Antonio Bonisegni und Italo Laserdi, 29 Jahre, wurden zunächst gefoltert. Der 70-jährige Fausto Franceschi musste vor der Erschießung sein eigenes Grab ausheben. Sie wurden dann zusammen mit dem 34 Jahre alten Marino Agostini erschossen. Obwohl Michelsen nicht selbst an der Erschießung teilgenommen hat, verurteilte ihn das Gericht als Verantwortlichen für die Tat. Er habe die Erschießung angeordnet, da die Bauern Lichtsignale an Partisanen abgegeben hätten.

Michelsen erschien nicht zu dem Prozess und ließ sich auch nicht vertreten. In Abwesenheit ist er zu lebenslanger Haft und zur Zahlung von Entschädigung an die Hinterbliebenen der Opfer verurteilt worden. Das Urteil ist rechtskräftig.

Keine Ermittlungen in der BRD

Soweit uns bekannt ist, gibt es trotz des Urteils kein Ermittlungsverfahren gegen Michelsen in BRD. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig hat Michelsen im Zuge der vierjährigen Ermittlungen im Auftrag der italienischen Militärstaatsanwaltschaft vernommen, ein aktuelles Ermittlungsverfahren gibt es laut Presseberichten allerdings nicht.

Die juristische Nicht-Verfolgung im Falle Michelsens ist beispielhaft für den juristischen und auch gesellschaftlichen Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in der BRD. Eine Auseinandersetzung findet nicht statt. In den vergangenen vier Jahren sind in Italien über 20 ehemalige Soldaten der Wehrmacht und Waffen-SS wegen Massakern an der Zivilbevölkerung verurteilt worden.

Die Angehörigen der Opfer von Grotta di Maona warten bis heute vergeblich auf eine Entschuldigung des Verurteilten. Michelsen selbst streitet die angeklagten Taten ab. Von einem Journalisten nach dem Urteil befragt, reagierte er zynisch: „Ach ja, wundervoll! Das kann man doch nicht ernst nehmen, sowas.“ (Neues Deutschland, 31.7.08)

Weitere Informationen auf der Internetseite: www.keine-ruhe.org ■

Erklärung der FIR zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Wassili Kononow

Mit großer Zufriedenheit hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – FIR – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall des lettischen Partisanen Wassili Kononow von Ende Juli 2008 zur Kenntnis genommen. Dessen Verurteilung im Jahre 2004 in Riga wegen angeblicher Kriegsverbrechen 1944 wurde aufgehoben und ihm eine Entschädigung für erlittenes Unrecht zugesprochen.

Die Richter hoben damit ein Urteil auf, das über 55 Jahre nach Kriegsende den Befreiungskampf der lettischen Partisanen an der Seite der Sowjetischen Armee zu kriminalisieren versuchte. Gleichzeitig gibt es in Lettland Bestrebungen, die SS-Freiwilligen als „Kämpfer für die Freiheit Lettlands“ zu rehabilitieren und zu glorifizieren.

Die FIR sieht in diesem Urteil nicht nur eine Einzelfall-Entscheidung. Es ist ein deutliches Signal an alle europäischen Staaten, dass der Befreiungskampf der Völker gegen die faschistische Barbarei nicht geleugnet und kriminalisiert werden darf. Dies ist eine richtige Entscheidung, die der Bedeutung des antifaschistischen Widerstandes für das Werden eines friedlichen Europas gerecht wird.

Die FIR gratuliert Wassili Kononow und der Union der Lettischen Partisanenbrigaden und erwartet von der Regierung Lettlands, dass sie unverzüglich die moralische Rehabilitierung und im Gerichtsurteil festgelegte materielle Entschädigung der Partisanen vornimmt.

Fédération Internationale des Résistants (FIR)
Association Antifasciste, www.fir.at

noch Plätze frei!

Wir leben trotzdem!

Eine Seminarwoche in der Gedenkstätte Bergen-Belsen 15.-19.09.08

Du bist interessiert...

... gemeinsam mit anderen Jugendlichen etwas über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands zu erfahren? Dann sei dabei und komm zu unserem Seminar! Denn wir werden eine Woche lang gemeinsam in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen diskutieren und arbeiten.

Das haben wir vor:

Wir werden uns gemeinsam diesem Thema nähern und die Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen erkunden. Dabei werden wir auch Zeit haben, uns mit den Lebensgeschichten einzelner Menschen zu beschäftigen und möglicherweise auch einen Zeitzeugen oder eine Zeitzeugin zu Gast haben, der/die uns aus seinem/ihrem Leben erzählen wird. Aber wir wollen nicht nur mit dem Kopf arbeiten, sondern auch mit den Händen: die wenigen Spuren, die noch vorhanden sind, wollen wir sichtbar machen und erhalten. Wir wollen auch versuchen, einen kritischen Blick auf die Gegenwart zu richten.

Das musst du noch wissen:

Dieses fünftägige Seminar ist für 120 Euro für SchülerInnen, Auszubildende und Studierende zu haben. Darin sind Übernachtung und Verpflegung enthalten. Wir werden im Anne-Frank-Haus in Oldau untergebracht sein und von dort aus zur Gedenkstätte fahren. Und ganz wichtig: Für dieses Seminar kannst du sowohl in Bremen als auch in Niedersachsen Bildungsurlaub beantragen!
Anreise: Montag, den 15.9.2008, bis 10.00 Uhr
Abreise: Freitag, den 19.9.2008, ab 16.00 Uhr
Seminarort: Anne-Frank-Haus, Schulstraße 5-7
29313 Hambühren-Oldau
http://www.gruppenhaus.de/anne-frankhaus

Anmeldungen bitte baldmöglichst an folgende Adresse:

ver.di-Landesbezirk Nds./HB, Abt. Jugend, Goseriede 10,
30159 Hannover, Tel.: 05 11 / 12400-191, Fax: 05 11 /12400-153
eMail: petra.schuster@verdi.de

Wieder schwere Vorwürfe gegen Asylbewerberheim

KATZHÜTTE. Im Asylbewerberheim im thüringischen Katzhütte herrschen nach Angaben der Bewohner weiterhin katastrophale Zustände. Die Hilfsorganisation Voice forderte am Freitag bei MDR INFO die umgehende Schließung der Unterkunft. Voice-Sprecher Osalen Igbinoba bezeichnete Katzhütte als ein Lager, in dem die Bewohner isoliert werden. Igbinoba führte aus: „Es ist völlig abgelegen und macht es den Ausländern unmöglich, ein normales Leben zu führen, soziale Kontakte zu bekommen." Besonders Kinder würden unter miserablen Wohnbedingungen und unzulänglichen hygienischen Einrichtungen leiden. Igbinoba kündigte für September und Oktober öffentliche Protestaktionen vor den Ausländerbehörden in Weimar an.

Ein in Katzhütte untergebrachter Bewohner sagte MDR INFO, den Asylbewerbern, welche sich über die Zustände beschwerten, würden Sozialleistungen nur zögerlich oder gar nicht gewährt. „Das Sozialamt bestraft mich, weil ich bessere Lebensbedingungen gefordert habe." Die Hilfsorgansation Voice erklärte, das Heim in Katzhütte sei „menschenunwürdig und ein Armutszeugnis für die Thüringer Landesregierung".

Auf Nachfrage verwiesen die Thüringer Ausländerbehörden auf das Innenministerium in Erfurt. Dort hieß es, dass allein das Landratsamt in Saalfeld zuständig sei. Dieses erklärte schließlich, der in Sottrum bei Bremen ansässige Heimbetreiber K&S sei für die Unterkunft in Katzhütte verantwortlich.

Quelle: caravane-info mailing list flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org (15.08.2008) ■

Neue Hoffnung für Gazale?

HILDESHEIM. Mit Bescheid vom 30.7. 2008 hat der Landkreis Hildesheim "zwei Jahre nach der Antragstellung (24.8. 2006)" die Wiedereinreisesperre für Gazale Salame nachträglich auf vier Jahre bis zum 10.2.2009 befristet. Bedingung für die Befristung der Wiedereinreisesperre war die Begleichung der Kosten für die am 10.2.2005 durchgeführte Abschiebung:

Mit Schreiben vom 12.12.2006 hatte der Landkreis zunächst 1.878,47 Euro gefordert. Die Unterstützer/innen hatten daraufhin eine Spendenkampagne gestartet und dieses Geld am 2. Mai 2007 überweisen können. Am 15.5.2007 stellte der Landkreis Hildesheim daraufhin weitere 2.485,04 Euro in Rechnung und begründete diese Forderung mit zusätzlichen Kosten der Bundespolizei. Nachdem auch dieser Betrag durch Spenden zusammengebracht werden konnte, nahm der Landkreis endlich die beantragte Befristung vor.

Rechtlich wäre auch eine Befristung der Wiedereinreisesperre auf zwei Jahre möglich gewesen. Der Landkreis vermochte in dem Fall jedoch keine besonderen Umstände zu erkennen, die für eine frühere Wiedereinreisemöglichkeit sprechen könnten. Wörtlich heißt es in dem Bescheid: „Auch die durch die Abschiebung herbeigeführte Trennung der Familie kann nicht zu einer Fristverkürzung führen, da die in Deutschland lebenden Familienangehörigen kein Aufenthaltsrecht für die Bundesrepublik Deutschland (mehr) besitzen und ausreisepflichtig sind. Eine familiäre Lebensgemeinschaft kann nach Veranlassung aller hierfür erforderlichen Registrierungen und Erledigung der Formalitäten in der Türkei hergestellt werden."

Genau dies bestreiten die Unterstützer/innen: Ehemann Ahmet Siala ist Libanese und erhält schon deshalb keinen türkischen Pass. Im Übrigen verfügt die Familie, die fließend deutsch und arabisch, aber kein türkisch spricht, in der Türkei über keinerlei Existenzmöglichkeiten. Der Unterstützerkreis hofft daher weiter auf eine humanitäre Entscheidung des Landes.

Presseinformation des Flüchtlingsrats Niedersachsen vom 18.8.2008 ■

Neuregelungen zum Arbeitsmarktzugang

BERLIN. Kürzlich waren von der Bundesregierung Neuregelungen zum Arbeitsmarktzugang angekündigt worden, die u.a. folgendes beinhalten sollten:

- Für neu zuwandernde Akademiker aus den neuen EU-Ländern freier Arbeitsmarktzugang (Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung).
- Für junge geduldete Ausländer wird vor Ablauf von 4 Jahren der Zugang zu beruflicher Ausbildung erleichtert (Wegfall der Vorrangprüfung).
- Für junge geduldete Ausländer, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben, wird eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung erteilt, wenn ein entsprechendes Arbeitsangebot vorgelegt wird.
- Für geduldete Ausländer, die im Ausland eine in Deutschland anerkannte berufliche Ausbildung oder Studium abgeschlossen haben und in Deutschland mindestens zwei Jahre entsprechend qualifiziert tätig waren, Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung, wenn ein entsprechendes Arbeitsangebot vorgelegt wird oder besteht.

Die ersten beiden Punkte fehlen im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf, nur die anderen beiden Punkte werden umgesetzt (Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG). Rechtlich konsistent ist das Ganze allerdings nicht:

- Warum werden nicht ebenso wie für Geduldete auch für die (ohnehin nur noch sehr wenigen) Asylsuchenden neue Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen?
- Die Regelung gilt auch nicht für Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22 S. 1, § 23 I und II, § 23a, § 24, §§ 25 III bis V – warum?
- Warum wird nicht zumindest für alle Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis nach §§ 22 bis 25 der Zugang zu Beschäftigung und selbständiger Arbeit uneingeschränkt freigegeben („Erwerbstätigkeit gestattet")?
- Warum wird nicht das unsinnige Arbeitserlaubnisrecht insgesamt abgeschafft (siehe dazu schon die FDP-Bundestagsinitiative)?

→

Hungerstreik in englischem Immigrantengefängnissen

Fünfzig Flüchtlinge im Gefängnis „für" Immigranten in Campsfield, in der Nähe von Oxford, sind gegen die Fortsetzung ihrer Haft in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Begonnen wurde der Streik am 9. August von 13 irakisch-kurdischen Flüchtlingen, die forderten, die gewaltsamen Abschiebungen in den Nordirak einzustellen. Ihnen haben sich inzwischen weitere Flüchtlinge aus anderen Teilen der Welt angeschlossen.

Es ist der zweite Protest dieser Art in diesem Jahr und einer von vielen in dem englischen Internierungszentrum. Am 12. August fand auf dem Außengelände des Immigrantengefängnisses eine Spontandemonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks statt, zu der die Campaign to Close Campsfield aufgerufen hatte und die bis vor die Türen des BBC-Büros führte. Die Demonstration wurde von der North West Asylum Seekers Defence Group (NWASDG) und Fight Racism! Fight Imperialism! (FRFI) unterstützt.

Orginalbericht: http://www.indymedia.org.uk/en/2008/08/406704.html ■

Der Personenkreis, der von dem neuen Aufenthaltsitel profitierten könnte, dürfte angesichts des arbeitserlaubnisrechtlichen, leistungsrechtlichen*) sowie ggf. auch residenzpflichttechnischen**) faktischen Arbeits-, Ausbildungs- und Studierverbotes für Geduldete gegen Null gehen.

Das Ganze ist mehr als verlogen: Erst verbietet man Geduldeten mit allen verfügbaren Mitteln eine Arbeit, eine Ausbildung und ein Studium, und dann schafft man eine Aufenthaltserlaubnis nur für diejenigen, die es trotzdem schaffen, in Deutschland eine qualifizierte Berufstätigkeit auszuüben?

Angesichts der Einweisung in Sammellager mit Hilfe von AsylVfG, AsylbLG, AufenthG und Landesaufnahmegesetzen ist auch das Erfordernis „ausreichender Wohnraum“ eine Frechheit.

Ein Paragraf, von dem bundesweit nur eine handvoll Geduldete profitieren könnte? Wozu der Aufwand? Wenn hier ernsthaft etwas geändert werden soll, gäbe es viel tun.

Zudem regelt der Gesetzentwurf, dass Art. 15 Abs. 4 des ZuwG mit der darin enthaltenen Befristung des § 23a des Aufenthaltsgesetzes (Härtefallregelung) aufgehoben wird.

Die Härtefallkommissionen können dann auch über 2009 hinaus arbeiten. Schließlich regelt der Gesetzentwurf die praktische Umsetzung des Überwachungswahns (Eintrag biometrischer Merkmale in Ausweispapiere), dessen Grundlagen uns vor einigen Jahren die rot-grüne „Antiterrorgesetzgebung“ eingebrockt hat.

* Handbuch Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge

**) im Landkreis Uckermark usw. gibts zwar schöne Landschaften, aber keine Universität, und nicht nur angesichts der Vorrangprüfung auch keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz für geduldete Ausländer.

Quelle: www.fluechtlingsrat-berlin.de ■

Nigerianische Abschiebeanhörungen in der GU-ZAST Halberstadt

Vom 12. August bis 14. August wurden AsylberwerberInnen aus der gesamten BRD in die GU-ZAST (Gemeinschaftsunterkunft – Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) in Halberstadt der nigerianischen Botschaftsdelegation vorgeführt.

Seit dem Sommer 2007 besteht eine Vereinbarung zwischen der deutschen und nigerianischen Regierung, dass 2500 AsylbewerberInnen nach Nigeria abgeschoben werden können. Bisher fanden seit August 2007 sieben Abschiebeanhörungen mit der nigerianischen Botschaftsdelegation in der BRD statt, zwei davon in der GU-ZAST Halberstadt. Es wurden – wie bei allen Botschaftsdelegationen - Geldzahlungen vereinbart. Die nigerianische Botschaftsdelegation erhält pro Anhörung 250 Euro und pro ausgestelltem Reisedokument weitere 250 Euro.

AsylbewerberInnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde (über 99 % der AsylbewerberInnen), haben oft keine gültigen Reisepapiere und können somit nicht abgeschoben werden. Viele AsylbewerberInnen kommen aus Ländern, die nicht mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten (z.B. Sudan) und können auch keine neuen Papiere erhalten. Die Gespräche zwischen der nigerianischen Botschaftsdelegation und den AsylbewerberInnen verliefen nach Berichten so: Die nigerianischen Botschafter kündigten an, den AsylbewerberInnen nigerianische Papiere auszustellen. Viele AsylbewerberInnen versicherten der Botschaftsdelegation, dass sie nicht aus Nigeria kommen. Daraufhin wurde ihnen eine weitere Anhörung angekündigt, bei der sie ihre Papiere eines anderen Landes vorlegen müssen oder nigerianische Papiere zur Abschiebung ausgestellt bekommen. Durch die nigerianische Delegation sollen AsylbewerberInnen u.a. aus Togo, Sudan, Liberia und Uganda nach Nigeria abgeschoben werden.

Am 14. August führten AntirassistInnen aus Sachsen-Anhalt eine Protestkundgebung gegen die Abschiebeanhörung der nigerianischen Botschaft vor der GU-ZAST Halberstadt durch. Während der Kundgebung von 10-15 Uhr wurden vor allem AsylbewerberInnen in Gefangenentransportern, in Ordnungsamts- und Polizeibussen in die GU-ZAST Halberstadt gebracht. Die AsylbewerberInnen, die in Gefangenentransporten vorgeführt wurden, blieben während des Aufenthalts in der GU-ZAST und der Botschaftsanhörung gefesselt. Die AsylbewerberInnen in Ordnungsamts- und Polizeibussen wurden ohne Ankündigung zwangsvorgeführt.

An den jetzigen Vorführungen haben sich die meisten Landkreise Sachsen-Anhalts beteiligt. Mehrere AsylbewerberInnen sind bereits aus Sachsen-Anhalt als Folge von vorherigen Vorführungen nach Nigeria abgeschoben worden. Uns wird immer wieder von Botschaftsanhörungen in der GU-ZAST Halberstadt berichtet. Wir müssen feststellen, dass die GU-ZAST Halberstadt einer der bundesweit zentralen Orte ist, an dem Botschaftsdelegationen ihre bezahlten Anhörungen durchführen. Der „Rat Justiz und Inneres“ der EU beschloss am 27.4.06 ein „gemeinsames Projekt zur Rückführung mit Charterflugzeugen“.

Abschiebeanhörungen dienen der Vorbereitung von Abschiebungen mit Chartermaschinen. Der nächste Abschiebecharter nach Nigeria startet von Großbritannien aus am 21.8.08 über Österreich nach Lagos. Es ist zu befürchten, dass AsylbewerberInnen, die bei den Abschiebeanhörungen in Halberstadt waren, in dem Charter „Flight PVT640/641“ abgeschoben werden, das „weltoffene“ Sachsen-Anhalt hilft mit. Die nächste Abschiebeanhörung der nigerianischen Delegation soll im September in Dortmund statt finden.

Quelle: caravane-info mailing - listcaravan.halle@gmx.net ■

Residenzpflichtprozess in Halle

HALLE. Am 18. August 08 fand in Halle vor dem Amtsgericht. der Prozess gegen den politischen Flüchtling Kodjo D’Almelda statt. Er war mehrfach von der Polizei an Bahnhöfen kontrolliert worden und hatte keine Verlassenserlaubnis.

Für Flüchtlinge mit Duldung oder im Asylverfahren gilt die Residenzpflicht. Dieses in Europa einmalige Sondergesetz, gilt in Deutschland seit 1936 und besagt, dass ein Flüchtling seinen Landkreis nicht ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde verlassen darf. Die Ausländerbehörde kann den Bereich in dem sich ein Flüchtling aufhalten darf auf den Landkreis, den Regierungsbezirk oder das Bundesland einschränken.

Kodjo D’Almelda durfte sich nur im Bundesland Sachsen-Anhalt aufhalten. Wenn er seine Freundin in Schleswig-Holstein besuchen wollte, musste er bei der Ausländerbehörde des Saalkreis eine Verlassenserlaubnis beantragen. Die Ausländerbehörde kann die Verlassenserlaubnis ausstellen oder dies verweigern, die Flüchtlinge haben kaum Möglichkeiten sich gegen die Entscheidung zu wehren. Die Ausländerbehörde des Saalkreis erschwert das Beantragen der Verlassenserlaubnis durch eine Gebühr von 10 Euro, die die Flüchtlinge von ihrer gekürzten Sozialhilfe in Höhe von 190 Euro aufbringen müssen. Obendrein gilt diese Verlassenserlaubnis höchstens eine Woche.

Seit 2005 war Kodjo D’Almelda bereits zwei Mal von der Polizei kontrolliert worden und hatte keine Verlassenserlaubnis. Beim ersten Mal musste er eine Strafe von 40 Euro zahlen, beim zweiten Mal wurde er gar zu 2 Monaten auf Bewährung verurteilt. Wie viele Flüchtlinge, die sehr wenig Geld haben (gekürzte Sozialhilfe, Arbeitsverbot), hatte er keine oder eine sehr schlechte anwaltliche Vertretung, so kam es zu diesem überzogenen Urteil. Sein dritter Verstoß gegen die Residenzpflicht wurde jetzt in Halle verhandelt. Inzwischen hatte er seine Freundin geheiratet, hat damit einen andern Status und unterliegt nicht mehr der Residenzpflicht.

Kodjo D’Almelda hatte im April 2008 seine Freundin besucht, die erkrankte und ihn bat, länger als für die Dauer der gültige Verlassenserlaubnis bei ihr zu bleiben und ihr zu helfen. So blieb er und unterstützte seine Freundin und ihre drei Kinder. Eine Woche später reiste er zu-

rück nach Sachsen-Anhalt und wurde von der Bundespolizei kontrolliert. Seine Verlassenserlaubnis war abgelaufen, da die Ausländerbehörde Saalkreis keine Möglichkeit einräumt, ohne persönliche Vorsprache eine Verlassenserlaubnis zu bekommen oder zu verlängern.

Vor Gericht wird ein Mensch, der zuvor auf Bewährung verurteilt wurde, als Wiederholungstäter (meistens) zu einer Haftstrafe verurteilt. Kodjo D'Almeldas Anwalt legte dar, dass sein Mandant – jetzt verheiratet – nicht mehr gegen die Residenzpflicht verstoßen kann und aus nachvollziehbaren Gründen gegen die (vorher für ihn geltende) Residenzpflicht verstoßen hat. Das Gericht nahm von einer Haftsstrafe Abstand. Die vom Anwalt geforderte Verfassungsklage gegen die Residenzpflicht wurde abgelehnt und Kodjo D'Almelda zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt. Wohlgemerkt für ein Gesetz, dass von den Nazis eingeführt wurde und gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit verstößt. Obendrein wurde Kodjo D'Almelda für eine „Tat" verurteilt, die er jetzt gar nicht mehr begehen kann – und die keine „Straftat" ist, sondern sein gutes Recht.

Wir fordern ein Verbot der 10 Euro-Gebühr für eine Verlassenserlaubnis bei der Ausländerbehörde Saalkreis und die Abschaffung der Residenzpflicht.

no lager halle

http://thevoiceforum.org ■

Ein Jahr Integrationsplan: Gewerkschaften ziehen Bilanz

BERLIN. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Nationalen Integrationsplans (NIP) zogen die Gewerkschaften am 15. Juli auf einer Pressekonferenz in Berlin eine erste Zwischenbilanz. Als kleinen Schritt bezeichnete DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den NIP, ein großer Wurf sei er freilich bislang nicht. Die unterschiedlichen Perspektiven bei der Diskussion des NIP wirkten weiter nach. Buntenbach: „Der DGB betont die Notwendigkeit sowie Chancen von Migration und will Partizipation und Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten verbessern. Die Bundesregierung hingegen setzt vor allem auf die Beseitigung vermeintlich vorhandener Defizite auf Seiten der Migrantinnen und Migranten." Deshalb ist es aus Sicht von Buntenbach auch völlig unverständlich, dass die Bundesregierung die Mittel für die Sprachkurse zurückgefahren hat. Außerdem kritisierte Buntenbach den Einbürgerungstest als weltfremd und forderte ein kommunales Wahlrecht für Zuwanderer. Positiv aus Sicht von Annelie Buntenbach ist die Tatsache, dass durch den NIP eine gesellschaftliche Debatte angestoßen wurde, die die Frage von Migration und Integration stärker in den Mittelpunkt stellt. Auch die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer sieht noch einiges an Arbeit im Rahmen des NIP. So sei die Frage Integration durch Bildung längst fester Bestandteil in den täglichen Diskussionen. Integration von Zuwandererkindern in Bildung ist hingegen bislang nur ansatzweise gelungen. Seit PISA ist klar, dass in Deutschland stärker als in anderen Ländern Kinder mit Migrationshintergrund schlechtere schulische Chancen haben als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Ein anderes Beispiel, auf das Marianne Demmer verwies: Es werde immer wieder angemahnt, dass das Erlernen von Deutsch schon im Vorschulalter beginnen müsse. Allerdings seien die Erzieherinnen in den Kitas dafür nicht ausreichend ausgebildet. Und das, was an Sprach-Programmen für Kitas entwickelt wurde, ist in allen 16 Bundesländern verschieden. Hier seien strukturelle Veränderungen nötig, um die Kinder tatsächlich fördern zu können.

Michael Vassiliadis, Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE, sieht eine zentrale Rolle bei der Integration in der Arbeit. Dort gibt es weniger Schwierigkeiten im Zusammenleben als in der Gesellschaft insgesamt. Hier sei auch das entscheidende Feld bei der Umsetzung des NIP, das die Gewerkschaften beackern. Ein Beispiel ist ein Tarifvertrag in der Chemie-Industrie, der es Jugendlichen, die die Aufnahme einer regulären Ausbildung nicht schaffen, ermöglicht, ein Jahr lang im Betrieb darauf vorbereitet zu werden. Zwischen 2000 und 2006 waren es 1.400 Jugendliche, zu einem großen Teil mit Migrationshintergrund, denen das zugute kam. 70 Prozent von ihnen haben den Sprung in eine reguläre Ausbildung geschafft.

Ein anderes Beispiel sind Betriebsvereinbarungen für Gleichstellung und gegen Diskriminierung. Die gebe es zwar schon lange, durch den NIP sind sie aber stärker ins Blickfeld der Gewerkschaften insgesamt geraten. Und das werde auch so bleiben.

http://www.dgb.de/presse/
Quelle: Publikation „Forum Migration August 2008" ■

Schäuble vereinbart Rücknahmeabkommen mit Syrien

BERLIN. Bundesminister Wolfgang Schäuble und der syrische Amtskollege Bassam Abdel Madschid haben am Montag, den 14.07.2008, ein bilaterales Rücknahmeabkommen abgeschlossen. Das Abkommen muss zwar noch von beiden Vertragsparteien offiziell ratifiziert werden und tritt erst 30 Tage nach der letzten, auf diplomatischem Weg erfolgten Notifikation in Kraft. Der Bundesinnenminister aber freut sich schon jetzt: Dadurch „wird es künftig möglich sein, nicht nur ausreisepflichtige syrische Staatsangehörige, sondern auch Drittstaatsangehörige und Staatenlose, wenn diese über einen Aufenthaltstitel oder ein Visum der syrischen Seite verfügen oder unmittelbar aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei rechtswidrig eingereist sind, dorthin zurückzuführen", hieß es in einer Erklärung. Das Abkommen sieht weitreichende Verpflichtungen nicht nur zur Übernahme eigener Staatsbürger vor, sondern auch von Menschen ohne Staatsangehörigkeit bzw. aus Drittstaaten, die sich unmittelbar vor der Einreise in dem jeweils anderen Vertragsstaat aufgehalten haben. Nicht nur die fast 7.000 in Deutschland lebenden, oft langjährig geduldeten Flüchtlinge sind damit von Abschiebung bedroht, sondern auch Palästinenser/innen, Staatenlose oder sonstige Drittstaatler/innen, die aus Syrien nach Deutschland geflohen sind.

Auch wenn das Abkommen der Form nach eine zweiseitige Verpflichtung auf Übernahme von „illegal aufhältigen Personen" vorsieht, dürfte es in der Praxis nur dem Zweck dienen, unliebsame Flüchtlinge aus Deutschland nach Syrien abschieben zu können.

Laut Protokoll zur Durchführung des Abkommens sind die syrischen Behörden bereits zu einer Rückübernahme bereit, wenn die syrische Staatsangehörigkeit „glaubhaft gemacht" wird, beispielsweise durch (Kopie einer) Geburtsurkunde, Wehrpass, Führerschein oder sonstige Indizien (Zeugenaussagen, Eigenangaben des Betroffenen, Sprache).

Darüber hinaus sollen auch Staatenlose und Drittstaatler/innen nach Syrien abgeschoben werden können, wenn Belege für einen Aufenthalt in Syrien vor der Flucht nach Deutschland vorliegen und eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland nicht erteilt wurde. Konkret genannt werden als hinreichende Belege zum Nachweis des Aufenthalts: Reisedokument für palästinensische Flüchtlinge, Registerkarte der UNWRA-Behörde in Syrien, gültiger Aufenthaltstitel, Visum mit Einreisestempel, Aufenthaltstitel für staatenlose Personen, Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige, Fingerabdrücke sowie „ein beglaubigtes, vom Mukthar ausgestelltes Dokument, wonach die genannte Person in Syrien wohnhaft ist".

In Sachen „Nachweis des Aufenthaltes in Syrien" gehen manche Behörden in Deutschland bereits jetzt ungewöhnliche Wege: Mehrfach beauftragte der LK Goslar eine Privatperson damit, nach Syrien zu reisen, um dort Ermittlungen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und zur Beschaffung von Personalstandsurkunden durchzuführen. Mehrere Ausländerbehörden bedienen sich des Angebots der „Mawla Law Corporation", einzelfallbezogene Recherchen in Syrien durchzuführen. Der Landkreis Goslar zahlte an die Organisation mehrere Tausend Dollar, um konkrete Nachforschungen betreffend einzelne Familien in syrischen Dörfern

durchzuführen, mit dem Mukhtar zu sprechen oder Fotos zu machen.

Quelle: www.nds-fluerat.org ■

Tagung: Kein Mensch ist illegal

NRW. Das Programm der diesjährigen Tagung der Netzwerke Asyl in der Kirche NRW, kein mensch ist illegal Köln und der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum steht. Am 13. September besteht in Schwerte / Nähe Dortmund die Möglichkeit zu diskutieren, Neues zu erfahren und Bekanntes neu zu reflektieren zum Thema: „Globale Soziale Rechte – eine Perspektive für die Flüchtlingsunterstützung und die antirassistische Arbeit."

„Globale Soziale Rechte" ist der Leitbegriff eines breiten Bündnisses von Initiativen, zu denen Attac, Greenpeace, IG-Metall, kein mensch ist illegal und medico international gehören. Zentrales Anliegen der vor einem Jahr entwickelten Plattform ist, „der Globalisierung des Kapitals, der Märkte und der Waren mit einer Globalisierung der Sozialen Rechte zu begegnen".

Unter globalisierten Bedingungen verschärfen sich die Gründe für Flucht und Migration. Menschen sind gezwungen, Grenzen zu überschreiten, weil die Verursacher ihres sozialen, wirtschaftlichen und politischen Elends grenzüberschreitend handeln. Beispiele dafür sind: das Leerfischen der Weltmeere, das Tausende in Westafrika zwingt, ihre Dörfer zu verlassen; Agrartreibstoff in Brasilien, dessen Anbau die Hungrigen aus dem Land jagt; Waffenexporte, die Diktatoren ans Ruder bringen; anlagesuchendes Kapital, das Regionen der Massenarbeitslosigkeit hinterlässt; Klimaveränderungen, die die Existenzgrundlage der Ärmsten vernichten.

Gleichzeitig bleibt es ein Skandal und eine Herausforderung für unser Handeln, dass die Näherinnen nur 0,5 % des Verkaufspreises für die Turnschuhe bekommen, den wir bezahlen; dass keine Bereitschaft besteht, die internationalen Finanzmärkte zu kontrollieren, die bei der Gier der Akteure nach kurzfristigen Renditen verantwortlich sind für dramatische soziale Verwerfungen; dass Menschen um ihr Recht gebracht werden, in Würde und Sicherheit zu leben und keine andere Alternative sehen, als sich auf die Flucht zu begeben in einer Zeit, in der das Weltbruttosozialprodukt nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus um mehr als das Doppelte gestiegen ist.

Die Initiativen, die sich unter der Programmatik „Globale Soziale Rechte" verbunden haben, sind sich der Unterschiede und Differenzen in ihren Einsichten und Forderungen sehr wohl bewusst. Die gemeinsame Plattform soll dies gerade zu einer Stärke entwickeln. Die Tagung wird versuchen, einige dieser verschiedenen Perspektiven zu verdeutlichen. Als Initiativen in Nordrhein-Westfalen, die sich für die Rechte von entrechteten Migranten einsetzen, wollen wir über die globalen Zusammenhänge und den praktischen Widerstand beraten.

Anmeldung unter: Ulrike Pietsch, Tel. 02304/755-325, Fax: 02304/755-318 u.pietsch@kircheundgesellschaft.de

Ev. Akademie Villigst; kein mensch ist illegal; Asyl in der Kirche; Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum
Quelle: nrw@kirchenasyl.de ■

30.8.2008 – Tag ohne Abschiebungen

Köln. Am Samstag, 30. August finden an verschiedenen Orten, auch in NRW, Protestaktionen gegen Abschiebungen statt. Von Köln aus wollen wir den Flughafen Düsseldorf als ein häufig genutztes Drehkreuz von Abschiebungen öffentlich bewusst machen. Im Vorfeld zeigen verschiedene Kneipen in Köln den Film „Härte mit System – wie Deutschland abschiebt".

Warum der 30. August? Der 30. August war schon wiederholt Anlass für bundesweite Proteste gegen Abschiebehaft und die tödliche Migrationspolitik. Er steht symbolisch für alle Opfer von Abschiebehaft und Abschiebungen. 1999 starb der Abschiebehäftling Rachid Sbaai in einer Arrestzelle der JVA Büren an einer Rauchvergiftung. Im Jahr 2000 stürzte sich der 28-jährige Mongole Altankhou Dagwasoundel bei dem Versuch, der Abschiebungshaft zu entfliehen, in den Tod. Schon 1983 hatte sich der türkische Asylbewerber Cemal Kemal Altun aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts Berlin zu Tode gestürzt, 1994 starb der Nigerianer Kola Bankole nach Gewalteinwirkung durch BGS-Beamte in der Lufthansa-Maschine, mit der er abgeschoben werden sollte. Aus diesem Grund wurde der 30. August bereits 2002 im Rahmen der Kampagne gegen Abschiebungen, Knäste und Lager zum Aktionstag erklärt.

Der Film „Härte mit System – Wie Deutschland abschiebt" (von Birand Bingül, Pagonis Pagonakis, Jutta Pinzler), beschäftigt sich mit dem vorwiegend lautlosen Vorgehen des Systems in Deutschland: der Tätigkeit von regelrechten „Abschiebeärzten", die auch Kranke reisetauglich erklären, dem Transport von „Abschüblingen" durch Ausländerbehörden zum Flughafen, der Übernahme durch Bundespolizei und Fluggesellschaften fernab der Öffentlichkeit. Selten, z.B. wenn eine Abschiebung verhindert wird, werden die Vorgänge bekannt. Wie etwa im Jahr 2004, als ein Lufthansapilot den Abschiebeflug von Zahra Kameli in den Iran verhinderte, wo ihr die Steinigung drohte. Aber Chartergesellschaften wickeln ihre lukrative Aufgabe inzwischen offensichtlich reibungsloser ab.

Aktuelle Infos unter www.kmii-koeln.de ■

Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in Frankfurt/Oder

Jetzt als DVD kostenlos bestellen oder online anschauen!
http://www.global-progress.org
mail: progress-ffo@web.de

Eine Gruppe von Menschen aus Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt hat sich seit über einem Jahr mit der Arbeit an diesem Film beschäftigt, um mehr über die Situation von Flüchtlingen und Rassismus zu erfahren und anderen unsere Ergebnisse zugänglich zu machen. Der Film soll zugleich Bericht darüber sein und ein Aufruf, sich (auch) in Zukunft gegen Rassismus in allen Formen und für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von Migrantinnen einzusetzen.

Worum geht es?

Benedikt und Rachel sind Flüchtlinge aus Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die BRD kamen. Beide mussten feststellen, was es heißen kann, hier ein Flüchtling zu sein. Sie berichten von ihren Erfahrungen mit den Behörden, von ihren Lebensbedingungen im Asylbewerberheim und von ihrem Alltag in den Städten. Im Film sprechen auch FrankfurterInnen über ihre Sichtweise auf die Situation von Flüchtlingen und berichten von Rassismus auf verschiedenen Ebenen. Ein Anwalt klärt über die rechtlichen Grundlagen des Asylverfahrens auf.

Die DVD...

... ist kostenlos bestellbar über unsere Email-Adresse. Sie ist professionell produziert, kommt mit einer schönen Hülle und im Menü lassen sich 4 verschiedene Untertitel (deutschenglisch, englisch, polnisch und französisch) auswählen.

Online...

... kann der Film in guter Qualität heruntergeladen werden und mit den ebenfalls verfügbaren Untertiteln auf dem eigenen Rechner angeschaut werden
... kann der Film direkt auf der Webseite angesehen werden, in geringerer Qualität, aber jederzeit und ohne große Bandbreite

Vorführungen...

... bei öffentlichen Veranstaltungen, in kleinen Kinos u.a. sind sehr erwünscht. In diesem Fall bitten wir um eine kurze Mitteilung und sehr gerne stellen wir den Termin auf unsere Webseite. Falls der Film auf großer Leinwand aufgeführt werden soll, haben wir die Möglichkeit eine qualitativ noch bessere Version zukommen zu lassen, dies muss aber unbedingt rechtzeitig vorher abgesprochen werden.

PROGRESS am 17. August 2008 ■

Elisabeth Schmitz – eine vergessene Heldin des Widerstandes

Selbst manchem Spezialisten für die Geschichte des Widerstandes gegen das Naziregime ist der Name Elisabeth Schmitz kein Begriff. Dass sich dies allmählich zu ändern beginnt, darin besteht das Verdienst des Berliner Historikers Manfred Gailus. Jüngst hat er einen Sammelband herausgegeben, dessen Beiträge dem Wirken von Elisabeth Schmitz gewidmet war.

Seit 1929 als Studienrätin in Berlin tätig, machte sie nach der Machtübernahme der Nazis keinen Hehl aus ihrer prinzipiellen Ablehnung der faschistischen Diktatur. Sie engagierte sich von Beginn an innerhalb der „Bekennenden Kirche".

Dort, wo es ihr möglich war, half sie mutig „rassisch" Verfolgten. Ihre Wohnung und ihr Wochenendhäuschen in Wandlitz dienten oft als Quartier für Menschen auf der Flucht. Elisabeth Schmitz ist vor allem als eine kompromisslose Streiterin für die Sache der vom NS-Staat mit Repressionen überzogenen Juden zu würdigen.

In der Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier" (1935/36) dokumentiert sie ihre Entschlossenheit, die Bekennende Kirche zu einem unmissverständlichen Wort der Solidarität mit den verfolgten Juden zu bewegen. Und Elisabeth Schmitz stellt unbequeme Fragen an ihre Kirche:

„Warum tut die Kirche nichts? Warum lässt sie das namenlose Unrecht geschehen? Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalsozialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teiles ihrer eigenen Glieder richtet?"

Sie selbst zieht nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 die Konsequenz, ihr Amt als Gymnasiallehrerin nicht mehr länger ausüben zu können. Die Reichspogromnacht hatte sie innerlich schwer erschüttert. Sie wartete endlich auf eine öffentliche Manifestation, auf ein: „Bis hierher und nicht weiter!" In einem Brief, den sie am 24. November 1938 an Helmut Gollwitzer sandte, damals junger Pfarrer in Berlin-Dahlem, schrieb sie hellsichtig:

„Das Wort der Kirche ist nicht gekommen. Dafür haben wir das Grauenhafte erlebt und müssen nun weiterleben mit dem Wissen, dass wir daran schuld sind. Als wir zum 1. April 33 schwiegen, als wir schwiegen zu den Stürmerkästen, zu der satanischen Hetze der Presse, zur Vergiftung der Seele des Volkes und der Jugend, zur Zerstörung der Existenzen und der Ehen durch so genannte ‚Gesetze', zu den Methoden von Buchenwald – da und tausendmal sonst sind wir schuldig geworden. Und nun? Es scheint, dass die Kirche auch dieses Mal, wo ja nun wirklich die Steine schreien, es der Einsicht und dem Mut des einzelnen Pfarrers überlassen, ob er etwas sagen will, und was. Es gehen Gerüchte um, dass ein Zeichen an der Kleindung beabsichtigt sei. Geht man dazu über, die Menschen zu bezeichnen – so liegt ein Schluss nah, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, dass diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen."

Man möchte mehr wissen über diese herausragende Persönlichkeit der Bekennenden Kirche, die nach ihrer Pensionierung und der Zerstörung ihres Wohnhauses im Bombenkrieg, in ihre Heimatstadt Hanau zurückkehrte, in der sie bis zu ihrem Tode 1977 lebte. Ihre Beerdigung fand in aller Stille statt. Immerhin ist inzwischen eine Gedenk-Stele auf ihrem Grab errichtet worden. Vielleicht trägt der von Manfred Gailus edierte Band dazu bei, dass sich die Vita dieser mutigen Frau auch unter den politisch Verantwortlichen im Berliner Senat herumspricht.

Simona Reiner ■

Manfred Gailus (Hg.), Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung. Konturen einer vergessenen Biografie (1893-1977), Wichern Verlag, Berlin 2008, 223 Seiten, 19,80 Euro ISBN 978-3-88981-243-8

Zeitung gegen den Krieg ZgK Nr. 27

Zum diesjährigen Antikriegstag, Montag, dem 1. September, erscheint eine neue Ausgabe der Zeitung gegen den Krieg – ZgK. Mit ihrem Schwerpunkt zu Afghanistan eignet sie sich auch sehr gut für die Mobilisierung zu den Demos gegen den Afghanistan-Krieg am 20. September in Stuttgart und Berlin. Schwerpunkte der Ausgabe u.a.:

- Krieg um die Transitwege von Öl und Gas: Georgien/Südossetien
- Deutsche Politik und Afghanistan
- Situation in Afghanistan selbst
- Die EU nach dem irischen Nein
- Welche Geopolitik und Rüstungspolitik ist von einem US-Präsidenten Barack Obama zu erwarten?
- Maritime Aufrüstung in der BRD
- Die Bundeswehr wird verstärkt auf Einsätze im Inneren vorbereitet

Autorinnen und Autoren: Joachim Guilliard / Heike Hänsel / Lühr Henken (angefragt) / Wolfgang Pomrehn / Tobias Pflüger / Ulrich Sander / Monty Schädel / Winfried Wolf / Zoya (RAWA -Revolutionary Association of Women of Afghanistan).

Die Bezugspreise der ZgK sind so günstig wie immer und wie folgt:
von 1 bis 50 Ex. zu 25 Cent je Ex.
von 51-499 Ex. zu 20 Cent je Ex.
ab 500 Ex. zu 15 Cent je Ex.
Zuzüglich Porto und Verpackung. Bei erforderlichen Express-Sendungen würden wir die Sonderporto-Kosten (ca. 10 Euro je Paket) nach Möglichkeit in Rechnung stellen. Bestellungen bitte an Zeitung-gegen-den-Krieg@gmx.de oder per Fax 030-227 76 179 oder per Telefon 033205 – 44 613.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

CDU-Funktionär tritt der NPD bei

Deutsche Stimme September 2008

Der Historiker Dr. Kersten Radzimanowski schildert in einem Interview in der aktuellen Ausgabe des Blattes seine Beweggründe, weshalb er von der CDU zur NPD gewechselt ist. Radzimanowski war schon zu DDR-Zeiten Mitglied der CDU-Ost. Unter de Maizière war er Staatssekretär und dessen Stellvertreter. Nach der Wende war er für kurze Zeit Landesgeschäftsführer der CDU in Brandenburg. Radzimanowski kritisiert in dem Interview das Vereinigungsprozedere („Die DDR-Seite hatte so viel Spielraum wie ein Zwillingsreifen bei einem großen LKW, der ohne Ladung fährt“) und die Arroganz der West-CDU gegenüber den Ostlern: „Für Kohl war ich Luft“. Auch der Verrat der CDU am christlichen Glauben habe ihn dazu bewogen, der NPD beizutreten und sich „in verantwortungsvoller Position in die nationale Interessensvertretung einzubringen“. Radzimanowski: „Wir sollten alles versuchen, damit die NPD in möglichst vielen Parlamenten vertreten ist, ganz besonders im Zentrum der politischen Macht, im Bundestag.“

DVU-Blatt begeistert sich für Obama

Nationalzeitung 31+ 32-2008

„Obama, dessen Aufstieg unter den in den USA herrschenden Machtverhältnissen wie ein Wunder aussieht, verkörpert eine ganz andere Ära als Bush, der in seiner kaum überbietbaren Narrheit die Vereinigten Staaten von Amerika ruiniert hat“, begeistert sich das Blatt anlässlich des Obama-Besuches in Berlin und dessen Rede vor der Siegessäule, diesem für die NaZe „zu Herzen gehenden Monument“, das an „die siegreichen Waffengänge Preußens“ erinnere. Kritik trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Obama den Platz vorm Brandenburger Tor verweigerte, womit sie „den Deutschen keinen guten Dienst erwiesen“ habe. 70 % der Deutschen würden schließlich nach Umfragen für Obama votieren. Als Pluspunkte seiner Berliner Rede rechnet ihm das Blatt an, dass er keine Vergangenheitsbewältigung betrieben habe, dass er den Irak-Krieg nicht verteidigt habe und dass ihm die Beziehung zu Deutschland wichtig sei.

Wer ist Deutschlands Feind?

Nationalzeitung 33-2008

In einer Leserumfrage hatte das Blatt die Frage gestellt, wodurch heute „das Lebensrecht des deutschen Volkes am meisten beeinträchtigt“ wird. Nun liegt die Auswertung vor und das Ergebnis ist nicht wirklich überraschend: „US-Herrschaft, Zionismus, Europatümelei und Nationalmasochismus: Durch diese Faktoren sieht die große Mehrheit der National-Zeitungs-Leser am ehesten deutsche Interessen bedroht.“ „Nur jeder fünfte Befragte sieht im Islamismus einen Feind Deutschlands. Vor Russland, China und dem Iran fürchtet sich aus unserer Leserschaft quasi niemand“ so das Blatt. Natürlich wolle niemand „das Morgenland im Abendland sehen“, warum aber Politiker der Volksparteien plötzlich so intensiv vor dem Islamismus warnten, hätte Methode. Es gehe ihnen gar nicht um Überfremdung, sondern um die israelkritische Haltung, die von vielen Moslems vorgelebt werde.

Die Auswertung macht deutlich, dass die NaZe im Wesentlichen zur Bestätigung der eigenen völkischen Einstellung gelesen wird. Durch „Nationalmasochismus“ sehen fast 70 % „deutsche Interessen“ verletzt. Politik sei „an den Lebensinteressen des deutschen Volkes auszurichten.“ *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Borna: Nazis feiern ehemaligen Göring-Vertrauten

Borna. Sie feierten ganz ungeniert den 95. Geburtstag von Altnazi Hajo Herrmann: Rund 200 Rechtsextreme versammelten sich am 9.8. aus diesem Anlass in der Gedenkstätte Borna. Ein gut sechsminütiges Video mit Bildern von der Feier wurde bei Youtube veröffentlicht. Kerstin Köditz von der Linksfraktion im Dresdner Landtag wirft Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) Untätigkeit vor. Köditz: „Manchmal möchte man lieber Unrecht haben. Als der Verein Gedächtnisstätte e.V. in Borna sein Domizil eröffnete, habe ich vorausgesagt, dass hier ein neues Mekka für alte und neue Nazis zu entstehen droht. Diese Befürchtung hat sich inzwischen leider immer wieder bestätigt. Man kann heute sogar davon sprechen, dass es die berühmten ‚üblichen Verdächtigen‘ sind, die es immer wieder nach Borna zieht.“ Zu den Gratulanten für den Inspekteur der Luftverteidigung im 2. Weltkrieg zählte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, Abgeordnete und Mitarbeiter der NPD Landtagsfraktion in Sachsen, Vertreter der rechtsextremen DVU und Wehrmacht-Veteranen, die – wie Hajo Herrmann selbst – ihrer alten Ideologie unverbesserlich noch immer anhängen.

Herrmann selbst spielt nach Angaben von Köditz eine führende Rolle im Verein Gedächtnisstätte. Auch dessen langjährige Vorsitzende, Ursula Haverbeck-Wetzel, gehörte zur Schar der Gratulanten. Deren Vereine „Collegium Humanum“, „Bauernhilfe e.V“ und „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ sind erst im Mai durch den Bundesinnenminister als verfassungsfeindliche Organisationen verboten worden. Die Linksfraktion hat deshalb bereits im Juni den Antrag gestellt, die Staatsregierung möge im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung darauf hinwirken, dass der Bundesinnenminister das Verbot auf den in Borna ansässigen Verein ausweitet. Köditz: „Es ist mehr als beschämend, wenn Innenminister Buttolo in seiner Stellungnahme lapidar erklärt, der Freistaat werde ‚geeignete Initiativen ergreifen, sofern Erkenntnisse im Freistaat Sachsen dies gebieten.‘“ Diese Erkenntnisse liegen längst umfassend vor.

Die Gedenkstätte für ausschließlich deutsche Opfer des 2. Weltkrieges war in Borna im März 2007 eröffnet worden. „Ein Ort, an dem unter dem Schleier des Gedenkens deutscher Leidtragender, Täter zu unschuldigen Opfern erklärt werden“, heißt in einer Pressemitteilung des Vereins Bon Courage e.V. in Borna.

antifa-info@linkspartei-sachsen.de ■